

# Stadtplanung

## Stadtstrukturplanung

Im Mittelpunkt der Arbeit der Magistratsabteilung 18 standen 1979 der Abschluß der fachlichen Bearbeitungen zum Stadtentwicklungsplan sowie die Zusammenfassung, Abklärung und Veröffentlichung weiterer Sachkapitel desselben. Im Rahmen der Verkehrskonzeption wurden Vorschläge zu Maßnahmen und Prioritäten vorgelegt und einer umfassenden Diskussion unterzogen. Im Bereich der Bezirksentwicklungsplanung und der Bezirksverkehrskonzeption wurden erste Bearbeitungen durchgeführt, die als Modellfälle hinsichtlich Inhalte und Vorgangsweisen zu betrachten sind. Großen Raum nahmen auch 1979 wieder generelle Verkehrsplanungen sowie begleitende Untersuchungen zu Verkehrsprojekten ein. Vor allem bei Verkehrsplanungen haben im Jahre 1979 die Zusammenarbeit mit den Bezirken sowie die fachliche Öffentlichkeitsarbeit eine erhebliche Intensivierung erfahren. Die generelle Planung zum Donaubereich Wien wurde abgeschlossen. Im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost sind konkrete Bearbeitungen von gemeinsamem Interesse für die Länder der Ostregion angefallen. Auf einige wesentliche Arbeitsbereiche der Abteilung wird im folgenden näher eingegangen:

Zum **Stadtentwicklungsplan für Wien** wurden ergänzende fachliche Bearbeitungen durchgeführt und Gutachten zu einigen wesentlichen Fragen abgeschlossen. Hervorzuheben sind die Bewertung der standörtlichen und einwohnerspezifischen Versorgungsqualität in Wien, ein Gutachten zur Land- und Forstwirtschaft in Wien sowie Untersuchungen betreffend die Kosten der Gemeinde Wien für Stadterneuerung und Stadterweiterung. Im Jahre 1979 wurden die Sachkapitel **Verkehr, Natürliche Lebensgrundlagen, Stadterneuerung und Bodenordnung** sowie **Bildung** nach Abstimmung innerhalb des Magistrates im Rahmen des Arbeitsausschusses Stadtentwicklungsplan beziehungsweise mit Vertretern der Kammern (Arbeiterkammer, Handelskammer, Landwirtschaftskammer) und nach Freigabe durch den Gemeinderatsausschuß veröffentlicht, so daß Ende 1979 insgesamt elf Sachkapitel in gedruckter Form vorlagen. Auch das Kapitel **Grünraum, Freizeit und Erholung** ist bereits im Druck. Zur Vorbereitung dieser Veröffentlichungen waren umfangreiche textliche und graphische Bearbeitungen erforderlich. Das **Kapitel Siedlungsstruktur** befindet sich in der Endabstimmung und wird in Kürze dem Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung zugeleitet werden. Parallel zur Bearbeitung der Teilkapitel wurde eine **Zusammenfassung der Ziele und Entwicklungstendenzen** aus den einzelnen Sachbereichen erstellt und durch **Maßnahmenvorschläge** erweitert. Diese Zusammenfassung stellt gemeinsam mit den im **Kapitel Siedlungsstruktur** formulierten und auch **gebietsmäßig differenzierten** Zielen der räumlichen Stadtentwicklung eine wesentliche Grundlage für die beabsichtigte Diskussion und Beschlußfassung zum Stadtentwicklungsplan dar.

Die 1978 gegründete **Planungsgemeinschaft Ost**, in deren Geschäftsstelle die Abteilung das Land Wien vertritt, hat sich 1979 schwerpunktmäßig mit der Ausarbeitung gemeinsamer Ziele der Länderregion, mit dem Problem des Ausbaues des Bundesstraßennetzes und mit den durch den bevorstehenden Ausbau weiterer Donaukraftwerke sich ergebenden aktuellen Fragen der Donauauen befaßt. Weitere im Rahmen der Planungsgemeinschaft behandelte Themen waren unter anderem der Verkehrsverbund, das Projekt eines Nationalparks Ost sowie Koordinierungsfragen im Zusammenhang mit dem Ausbau des Hafens Albern und dem Projekt des Marchfeldkanals. Das Beschlußorgan, in dem die drei Landeshauptmänner vertreten sind, hat in seiner ersten Sitzung am 29. Juni 1979 die gemeinsamen Raumordnungsziele als Orientierungshilfe für künftige Koordinierungsmaßnahmen beschlossen.

Im Rahmen der **Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK)** hatte die Abteilung das Land Wien in zahlreichen Unterausschüssen und Arbeitsgruppen zu vertreten, wobei landesinterne Abstimmungen vor allem mit der Magistratsdirektion und mit der Magistratsabteilung 4 laufend erforderlich waren. Intensiven Arbeitseinsatz erforderten insbesondere die Arbeiten an einem gesamtösterreichischen Raumordnungsgesetz im Unterausschuß Konzept, die länderinternen Beratungen zur Abstimmung von Ländervorschlägen dazu sowie die Arbeiten im Unterausschuß Ballungsräume, in dem zum Beispiel Ziele der Verkehrspolitik in Ballungsräumen und Empfehlungen betreffend Stadterneuerung und Stadterweiterung ausgearbeitet wurden.

Die Arbeit an der **Verkehrskonzeption** konzentrierte sich 1979 auf die Fertigstellung des Teiles B mit Vorschlägen für Maßnahmen und Prioritäten zur Verwirklichung der bereits im Teil A zur Diskussion gestellten Ziele. Der Entwurf wurde im Arbeitskreis Verkehrskonzeption gemeinsam mit allen betroffenen Stellen sowie mit den Konsulenten entwickelt. Der Verkehrsbeirat hat die letzte Fassung dieses Teiles B am 20. September 1979 beraten. Auf Grund des auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Entwurfes erfolgte im zweiten Halbjahr 1979 eine **umfassende Diskussion** der Wiener Verkehrsprobleme. Insbesondere wurden die Bezirke, die zuständigen Zentralstellen, die maßgeblichen Interessenvertretungen und öffentlichen Stellen um Äußerung ersucht. Im Rathaus fand eine Kleinausstellung statt, bei der die Besucher um Stellungnahmen ersucht wurden. Weiters fanden **zahlreiche öffentliche Veranstaltungen** auf



Bezirksebene und in verschiedenen Organisationen statt. So ist am 27. November 1979 der Entwurf der Verkehrskonzeption im Österreichischen Ingenieur- und Architektenverein vorgestellt worden. Weiters fand eine Diskussion in der Handelskammer für Wien am 16. Oktober 1979 statt. Nach Verarbeitung der im Zuge der Diskussionsphase eingelangten Stellungnahmen sollen im Frühjahr 1980 die Beratungen über die Verkehrskonzeption in den zuständigen Gremien der Stadt Wien erfolgen.

Im Jahre 1979 wurden grundsätzliche Überlegungen zur Methodik von Bezirksentwicklungsplanungen angestellt, wobei auch eine externe Konsultengruppe eingeschaltet und internationale Beispiele auf ihre Anwendbarkeit in Wien überprüft wurden. Insbesondere müssen die Vorgangsweise zur Mitwirkung der Bezirke und der Öffentlichkeit sowie die Form und die Verbindlichkeit von Beschlüßfassungen erst geklärt werden. Ein Modellfall eines Bezirksentwicklungsplanes wurde im 3. Bezirk in Angriff genommen, in dessen Rahmen bisher eine Bestandsanalyse sowie eine Umfrage über Bezirksprobleme erfolgten. Für den gesamten Bezirk und für einzelne Teilgebiete wurde die Ausarbeitung eines Katalogs von Problemen und Zielen begonnen, der die Grundlage für Maßnahmenvorschläge und weitere Abklärungsschritte bilden soll. Neben diesem Versuch, eine Methodik der Bezirksentwicklungsplanung systematisch zu entwickeln, mußte die Abteilung laufend Aussagen auf dieser dem Stadtentwicklungsplan nachgeordneten Planungsebene im Zusammenhang mit konkreten Standortuntersuchungen oder Projekten erarbeiten. Als Beispiele seien entsprechende Beiträge zur Strukturplanung Wien Süd, zur Betriebsansiedlung Wien-Aspern sowie zu zahlreichen übergeordneten Verkehrsprojekten erwähnt.

Bezirksverkehrs-konzepte sollen auf der Grundlage der in der Verkehrskonzeption für Wien enthaltenen übergeordneten Vorschläge und Ziele detailliertere Lösungsvorschläge unter Berücksichtigung lokaler Gesichtspunkte und Interessen enthalten. Dabei ist besonders auf das Recht der Bezirke auf Information und Mitwirkung wie auch der Anspruch auf Einbeziehung der Bevölkerung zu beachten. Als erster Modellfall eines derartigen Bezirksverkehrskonzepts wurde eine Verkehrsorganisation für das dicht bebaut Gebiet des 10. Bezirkes behandelt. Die in Varianten ausgearbeiteten Vorschläge der Abteilung wurden in zahlreichen Gesprächen mit Bezirksvertretern diskutiert und in den Bezirksghremien behandelt. Nach einer bezirksinternen Diskussionsphase, wobei in mehreren öffentlichen Veranstaltungen die Vorschläge erläutert und diskutiert wurden, faßte die Bezirksvertretung die Vorstellungen des Bezirkes im Beschluß vom 19. Dezember 1979 zusammen, der die Grundlage der kurz- und mittelfristigen Verkehrsmaßnahmen im 10. Bezirk bilden soll.

Eine weitere Bezirksverkehrskonzeption wurde im 22. Bezirk in Angriff genommen, um jene Änderungen vorzubereiten, die mit der Eröffnung der U-Bahn bis Kagran im öffentlichen Verkehrsnetz und im Zusammenhang mit übergeordneten Straßenbaumaßnahmen (zum Beispiel Donauuferautobahn, Autobahnverbindung Wien Ost) beziehungsweise auch unter Berücksichtigung der Stadtentwicklung (zum Beispiel Betriebsansiedlung Aspern) im Straßennetz des Bezirkes vorzunehmen sind. Nach mehreren Abstimmungen mit Bezirksvertretern konnten entsprechende Vorschläge im Oktober 1979 dem Bezirk zur Verfügung gestellt werden.

Der Beirat für den Donaublich Wien hat 1979 seine Tätigkeit beendet. Dieser Beirat war 1977 gleichzeitig mit einer Koordinationsstelle in der Geschäftsgruppe Stadtplanung geschaffen worden. Der Beirat hat in zahlreichen Unterausschüssen und in fünf Plenarsitzungen die Stadtverwaltung bei der Planung und Ausführung der Maßnahmen im Donaublich auf der Basis der von der Koordinationsstelle erarbeiteten Vorschläge beraten. Diese Vorschläge waren auch in einer Ausstellung „Wien an die Donau“ im Ausstellungszentrum der Geschäftsgruppe Stadtplanung im Messepalast der Bevölkerung vorgelegt worden. In der abschließenden 5. Sitzung des Beirates am 18. September 1979 wurde ein Abschlußbericht unter Berücksichtigung der aus der Bevölkerung kommenden Vorschläge behandelt und eine Schlußempfehlung abgegeben, „daß bei der Umsetzung des Leitprojekts für den absoluten Hochwasserschutz in die Ausführungsplanung die städtebaulichen Möglichkeiten bei der Schaffung der Neuen Donau voll ausgenützt wurden. Die materiellen Ergebnisse der Beratungen sollen die Grundlage der weiteren Vorgangsweise für die Gestaltung des Donaubliches sein“. Der Abschlußbericht wurde im Oktober 1979 auch vom Wiener Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Koordinationsstelle Donaublich Wien wird ihre Tätigkeit im Rahmen der Magistratsdirektion fortsetzen und auf Grund der zukünftigen Aufgabenschwerpunkte der Geschäftsgruppe Umwelt und Freizeit zugeordnet werden.

Die Tätigkeit der Abteilung im Bereich der Fachinformation hat im Jahre 1979 eine beträchtliche Ausweitung erfahren. Im Ausstellungszentrum im Messepalast fand zunächst die im Dezember 1978 eröffnete Ausstellung „Die städtebauliche Entwicklung Wiens bis 1945“ bis Mai 1979 statt. Sie wurde von nahezu 10.000 Personen sowie auch von zahlreichen Schulklassen besucht, für die der gebotene historische Überblick eine wertvolle Ergänzung des einschlägigen Unterrichtsstoffes darstellt. Im Rahmen der Ausstellung hat auch eine Forumdiskussion der Ingenieurkammer Wien, Niederösterreich und Burgenland über die städtebauliche Entwicklung stattgefunden. Von Juni bis Dezember 1979 wurde in der Ausstellung „Wien an die Donau — Planung und Gestaltung des Donaubliches“ ein Überblick über die Planungsüberlegungen und die städtebauliche Bedeutung des Donaubliches geboten. Fast 15.000 Besucher, unter denen sich zahlreiche in- und aus-



ländische Planungsfachleute befanden, und wieder zahlreiche Schulklassen und Gruppen besuchten diese Ausstellung. Es stand auch schriftliches Informationsmaterial zur Verfügung, und die Besucher wurden aufgefordert, auf Fragebögen ihre Anregungen und Wünsche bekanntzugeben.

Von der Abteilung fachlich vorbereitet und betreut wurde im August 1979 eine Ausstellung im Donauzentrum über das Projekt der A 24 — Autobahnverbindung Wien Ost im Bereich Kaiser-mühlen—Hirschstetten und im Dezember 1979 eine Ausstellung über die Verkehrsplanungen im Bereich der U-Bahn-Verlängerung nach Kagran. Im Zuge beider Ausstellungen fanden Befragungen statt, bei denen die Bevölkerung um Stellungnahme und Vorschläge gebeten wurde. Eine Kleinausstellung über die „Neue Verkehrskonzeption für Wien“ wird seit Oktober 1979 im Rathaus, 2. Stock, geboten.

Im Rahmen der Reihe „Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung“ ist das Heft 4, „Auswirkungen der Südosttangente für Wien“, erschienen, eine Reihe weiterer Hefte („Der Karlsplatz in Wien“, „Landwirtschaft in Wien“, „Zentrenstruktur Wiens“, „Abschlußbericht Donaubeereich Wien“) wurde 1979 vorbereitet. Im Rahmen der Veröffentlichung des Stadtentwicklungsplanes sind 1979 die Hefte Verkehr, Stadterneuerung und Bodenordnung, Bildung und Natürliche Lebensgrundlagen erschienen. Weiters wurde eine generalisierte Darstellung der Flächenwidmung in Wien erstellt, von der die ersten sechs Blätter 1979 fertiggestellt wurden und die von jedermann käuflich erworben werden können.

Im Bereich der Stadtforschung nahmen die Erfassung und Aufbereitung von statistischen Grundlagendaten für die Planungsarbeiten der Stadtstrukturplanung wesentlichen Raum ein. In diesem Zusammenhang waren auch bei der laufenden Aktualisierung des „Räumlichen Bezugssystems“ die Interessen der Abteilung wahrzunehmen. Im Zuge der Mikrozensuserhebungen des Statistischen Zentralamtes wurden eine Wohnungserhebung 1979 und eine Verkehrserhebung 1979 betreut. Im Zusammenhang mit den nächsten Großzählungen 1981 mußte als Grundlage für entsprechende Auswertungen eine den Anforderungen gerechte räumliche Gliederung des Stadtgebietes entwickelt werden. Bei der Erstellung und Ergänzung der Wanderungsstatistik und der Bevölkerungsevidenz durch den Stand der Ausländer hat die Abteilung mitgewirkt.

Im Rahmen der Kooperation für Länder mit dem Bund im Bereich Rohstoffforschung ist die Abteilung für Wien federführend für das Projekt Tragfähigkeit des Landschaftshaushaltes.

Im Jahre 1979 wurden wieder zahlreiche Standortuntersuchungen in bezug auf Betriebs- und Wohnstätten sowie größere Infrastruktureinrichtungen durchgeführt beziehungsweise entsprechende Stellungnahmen zu Vorschlägen anderer Dienststellen vorbereitet und in den jeweiligen Fachbesprechungen (zum Beispiel Grundstücksbesprechungen, Projektsprechungen) und Verfahren (zum Beispiel Bebauungsplanbesprechungen beziehungsweise Verfahren der Erstellung und Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes) eingebracht.

Umfangreiche Untersuchungen beziehungsweise Strukturplanungen wurden im Bereich Wien Süd fortgesetzt, wo Vorschläge für die räumliche Nutzungsverteilung unter Berücksichtigung der Ansprüche auf Betriebsflächen, des Erschließungssystems sowie der Wohnnutzungen und der großräumigen Grün- und Erholungsfunktion entwickelt wurden.

Auf Grund der Entscheidung für eine großflächige Betriebsansiedlung auf dem Gelände des Flughafens Aspern waren für dieses Gebiet umfangreiche Untersuchungen zur funktionellen Ordnung und zur Erschließung erforderlich, die schließlich in Begleituntersuchungen und Begleitprojekten zu den dort mittelfristig erforderlichen Verkehrsanlagen ihren Niederschlag gefunden haben. Die Untersuchungen zur Koordinierung der Nutzungsansprüche im Bereich des Hafens Albern auf Grund der Absichten, den Hafen auszubauen, wurden vor allem im Hinblick auf die zukünftige Bahn- und Straßenerschließung fortgesetzt.

Umfangreiche städtebauliche Begleituntersuchungen waren 1979 beispielsweise im Zusammenhang mit U-Bahn-Planungen (U 1 Süd, U 3, U 6) beziehungsweise Straßenplanungen (zum Beispiel Bundesstraße B 225) und auf Grund des beabsichtigten Ausbaues der Vorortelinie für den innerstädtischen Personenverkehr erforderlich.

Im Bereich der generellen Grünraum-Erholungsplanung wurden auch 1979 zahlreiche Standortvorschläge ausgearbeitet beziehungsweise Stellungnahmen zu solchen Vorschlägen abgegeben. Umfangreiche Aufgaben ergaben sich für die generelle Grünraumplanung im Zusammenhang mit Straßenprojekten (zum Beispiel Grünbrücken im Bereich der A 22, Projekt der A 24 im Bereich Stadlau), Garagenprojekten sowie bei der Überprüfung von kurzfristig möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Freiraumversorgung im dicht bebauten Gebiet.

Es wurden Radwegplanungen im Rahmen verschiedener Großprojekte weiterverfolgt und zusammengefaßt sowie erste Vorstellungen für ein Radwegnetz in den Außengebieten Wiens entwickelt. Mit einer detaillierten Untersuchung eines Radfahernetzes im Süden Wiens wurde begonnen. Hinsichtlich der Erhaltung und Ausweitung des Wald- und Wiesengürtels sowie bei allen Tätigkeiten des Natur- und Umweltschutzes in Wien war der Standpunkt der Stadtstrukturplanung einzubringen.

Einen besonderen Schwerpunkt der Abteilung bildete auch 1979 die generelle Verkehrsplanung.



Im Bereich des öffentlichen Verkehrs konnte vor allem die generelle Projektierung für die Verlängerung der U 1 nach Kagran zum Abschluß gebracht werden. Auf Grund der Vereinbarung gemäß § 15 a B-VG im Mai 1979 mußte die generelle Planung der U 3 und U 6 sowie der Flughafen-S-Bahn und der Vorortelinie sofort begonnen und den knappen Terminsetzungen entsprechend intensiv vorangetrieben werden. Als Grundlage für diese Planungen waren in Ergänzung zu den Untersuchungen der Verkehrskonzeption verkehrstechnische Untersuchungen des in der Vereinbarung mit dem Bund festgelegten Netzes erforderlich. Zu den U-Bahn-Planungen wurden jeweils gleichzeitig die nötigen städtebaulichen und funktionellen Begleituntersuchungen eingeleitet. Weiters wurde eine Variantenuntersuchung zur U-1-Verlängerung Süd durchgeführt.

An Eisenbahnplanungen konnten generelle Projekte zur Niveaufreimachung der Gutheil-Schoder-Gasse, für eine Park-and-Ride-Anlage Leopoldau und für den Bahnhofsvorplatz Hütteldorf abgeschlossen und nach Projektsprechungen an die ausführenden Dienststellen übergeben werden. Weitere Eisenbahnplanungen betrafen beispielsweise die Donauuferautobahn im Bereich des Freudenauer Hafens, die Industriebahn Simmeringer Haide sowie den Bahnhofsvorplatz Liesing.

Im Bereich des Individualverkehrs konnten wesentliche Bundesstraßenplanungen, wie beispielsweise für die B 1 im Bereich Stadtpark und die A 24 — Autobahnverbindung Wien Ost im Bereich Stadlau, im Jahre 1979 abgeschlossen werden. Verordnungen gemäß § 4 des Bundesstraßengesetzes wurden vom Bundesministerium für Bauten und Technik für die Brigittenauer Brücke und für die Anschlußstelle Leopoldsdorf der Außenringautobahn erlassen, für die B 222 — Wiener Vorortestraße im Abschnitt Altmannsdorfer Straße — Rosenhügel war von der Abteilung das Anhörungsverfahren gemäß § 4 des Bundesstraßengesetzes durchzuführen.

Weitere Bundesstraßenplanungen betrafen unter anderem die B 3 — Donaustraße — Umfahrung Apsern, die S 2 — Donaukanal-Schnellstraße im 21. Bezirk, die B 225 — Wienerbergstraße im 10. und 11. Bezirk und die B 10 — Budapester Straße im Bereich Freudenauer Hafen. Darüber hinaus waren zahlreiche generelle Planungen für Gemeindestraßen erforderlich.

Die kritisch gewordene Einstellung der Bevölkerung gegenüber Straßenprojekten hat im Jahre 1979 erhebliche zusätzliche Aufgaben gebracht. Dabei fällt neben den gestiegenen Anforderungen an die fachliche Qualität der Entscheidungsgrundlagen vor allem die Notwendigkeit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit ins Gewicht. So waren zahlreiche Modelle und Photomontagen zu erstellen und beispielsweise für das Projekt der A 24 eine Ausstellung im Bezirk vorzubereiten sowie durch die Fachbediensteten der Abteilung zu betreuen. Zunehmende Bedeutung haben auch Umweltschutzuntersuchungen (Lärm, Abgase) und die Ausarbeitung von Vorschlägen für Schutzmaßnahmen gewonnen.

Die Abteilung war auch mit der Vertretung Wiens bei den Vorbereitungen des Bundesministeriums für Bauten und Technik für eine neue Dringlichkeitsreihung des Bundesstraßennetzes betraut.

Im Jahre 1979 langten in der Abteilung etwa 3.600 Geschäftsstücke ein. Dabei wurden von der Abteilung zu etwa 1.250 Anträgen sowie Anfragen von Dienststellen beziehungsweise von Interessengruppen und Privatpersonen, die den Aufgabenbereich der Stadtstrukturplanung betrafen, Beantwortungen oder Stellungnahmen ausgearbeitet.

## Stadtgestaltung

Die Tätigkeit der Magistratsabteilung 19 gliedert sich in die Referate Stadtgestaltung, städtischer Wohnbau und städtischer Nutzbau (Spitäler, Schulen, Kindergärten, Bäder und Amtshäuser).

In den Bereich der Stadtgestaltung selbst fallen alle Oberflächenprojekte im öffentlichen, städtischen Raum sowie alle jene baulichen Aktivitäten mit gestalterischem Einfluß auf das Stadtbild, die von privater Seite vorgenommen werden.

Der gesamte Aufgabenbereich umfaßt im einzelnen: **Oberflächenprojekte**: Die planerische Tätigkeit inkludiert sämtliche Arbeiten vom Vorentwurf bis zur Detailplanung sowie die dafür erforderlichen zahlreichen Arbeits- und Koordinierungsgespräche mit den befaßten Dienststellen.

An abteilungseigenen Planungsarbeiten hinsichtlich Fußgängerzonen — Verkehrsberuhigte Zonen sind besonders zu nennen in 12, Meidlinger Hauptstraße, das letzte Teilstück von Pohlgasse bis Schönbrunner Straße, ferner der Bereich 7, Ulrichsplatz, 2, Mexikoplatz, 15, Clementinengasse, und 16, Wichtelgasse, als Modellfall einer Wohnstraße. Planungen von Ziviltechnikern, bei denen die Abteilung koordinierend eingeschaltet ist, sind insbesondere die Fortführung der Gestaltung des Franz Josefs-Kais, wo durch den letzten Abschnitt Postgasse — Julius Raab-Platz der mehrjährige Ausbau nunmehr abgeschlossen wird, ferner die Neugestaltung Morzinplatz mit Einbeziehung des Bereiches unter der Ruprechtskirche sowie die Gestaltung des Vorkais als innerstädtischer Erholungsbereich.

Ferner werden gestalterische Begleitbearbeitungen in Verbindung mit Straßenplanungen durchgeführt, wobei sich die Mitarbeit insbesondere auf die Planungen der B 1, Wiener Straße von Johannesgasse bis Schwarzenbergplatz, 19, Sieveringer Straße, 15, Schönbrunner Schloßbrücke (mit neuer Vorplatzgestaltung für Schloß Schönbrunn), und 16, Ottakringer Straße, im Bereich des ehemals alten Ortskernes erstreckte.



Im Zuge gestalterischer Begleitbearbeitungen in Verbindung mit Tiefgaragenprojekten wurden eine neue Verkehrsorganisation für den Schwarzenbergplatz sowie Situierungsmöglichkeiten für die Einfahrtsrampen für den Heldenplatz ausgearbeitet.

Bezüglich Oberflächengestaltungen in Verbindung mit dem U-Bahn-Bau beziehungsweise dem Ausbau der Vorortelinie ist die Mitarbeit an der Planung der U 3 und der U 6 hinsichtlich der sich ergebenden neuen Oberflächenbearbeitungen in den einzelnen Stationsbereichen sowie an der Planung für den Umbau der Brückenbauwerke und der Stationsgebäude der Vorortelinie zur Wahrung der städtebaulich-architektonischen Aspekte zu nennen.

Die Tätigkeit auf dem Gebiet Studien — theoretische Untersuchungen bezog sich vor allem auf die Ergänzung des Teilkapitels „Stadtgestaltung“, auf die gestalterische Bearbeitung „Meidling“ und die Dokumentation „Wiener Werkbundsiedlung“. Ferner wurde am „Bezirkentwicklungsplan 3. Bezirk“ sowie an der Broschüre „Karlsplatz“ mitgearbeitet. Für die Revitalisierung „Haydnhof“ wurde ein Maßnahmenkatalog mit der Entwicklung von Vorschlägen fertiggestellt.

Der Arbeitsbereich der **B a u b e r a t u n g** umfaßt die Beurteilung aller bewilligungspflichtigen Bauansuchen (Neubauten von Wohn-, Büro- und Industrieanlagen sowie Zu- und Umbauten). Diesbezüglich erfolgten 1979 von der Abteilung 7.032 Begutachtungen. Zu beurteilen waren des weiteren Portalum-, -zu- und -neubauten sowie die Installierung von Reklameanlagen, aber auch Ansuchen um die Bewilligung von Abgasstutzen und Fenstererneuerungen. Diesbezüglich wurden 8.552 Akte erledigt.

Die Schwerpunkte des Referates **städtischer Wohnbau** lagen 1979 bei Neubauten im Rahmen des Wohnbauprogramms, bei kleineren Umbauten, bei der Althausanierung beziehungsweise Instandsetzung und schließlich bei Versuchsbauvorhaben und Studienprojekten.

Im Wohnbauprogramm zeichnet sich in den letzten Jahren ein Trend zur Stadterneuerung ab. So ist der verstärkte Erwerb von Liegenschaften in den Kerngebieten durch die Stadtverwaltung im Zusammenhang mit dem immer größer werdenden Mangel an Bauplätzen im Randgebiet der Stadt zu verstehen. Im Jahre 1979 befanden sich 52 Projekte im Planungsstadium, 87 Architekten waren mit den Projekten beschäftigt. Neben den in Planung befindlichen Projekten befanden sich 75 Bauvorhaben des Wohnbauprogramms in Ausführung. Im Zusammenhang damit, waren die Betreuung der Ausführungs- und Detailplanung sowie die Koordinierungstätigkeit im Rahmen der Bauausführung durchzuführen. Insgesamt wurden für die Bauprogramme der Folgejahre 531 Wohnungen mit einer durchschnittlichen Fläche von 72,6 m<sup>2</sup> geplant, wobei es sich vorwiegend um Bauvorhaben kleineren Umfanges im innerstädtischen Bereich handelt. Dem Rechnung tragend, wurde auf Grund von Absiedlungsverpflichtungen, die die Unterbringung älterer Menschen im eigenen Bezirk verlangen, ein höherer Anteil an Kleinwohnungen der Typen A und B geplant, der insgesamt rund 30 Prozent am gesamten Planungsvolumen ausmacht.

Bei den im Planungsstadium befindlichen Projekten wurden unter anderem **infrastrukturelle Einrichtungen** integriert eingeplant, wie rund 4.700 m<sup>2</sup> Lokal- und 2.700 m<sup>2</sup> Büroflächen, 9 Kindertagesheime, 5 Arztordinationen, 2 Arztgruppenpraxen sowie diverse Einrichtungen für soziale Dienste, Büchereien und dergleichen.

Im Stadium der Bauausführung war die Betreuung bei den **Assanierungsprojekten** 4, Mühlgasse 21—25 — Planquadrat —, und 7, Spittelberg, erforderlich. Im Planungsstadium wurden insbesondere im Assanierungsgebiet Ottakring die Projekte 16, Wichtelgasse 3, und 16, Lambertgasse 11, betreut.

Für die in der Geschäftsgruppe **Wohnen und Stadterneuerung** auf dem Gebiet **Wohnhauserhaltung** beziehungsweise **Wohnhausinstandsetzung** tätige Magistratsabteilung 27 waren bei der Instandsetzung der gemeindeeigenen Wohnhäuser beratungs- und abteilungsinterne Planungsleistungen zu erbringen. Bei 12 Altbauten war die Mitarbeit bei Fassadeninstandsetzungen erforderlich. Betroffen davon waren sowohl denkmalgeschützte Objekte, wie zum Beispiel in 1, Franziskanerplatz 5, als auch Wohnhausanlagen der Zwischenkriegszeit, wie zum Beispiel in 21, Karl Seitz-Hof.

Durch das Bestreben, den **Wärmeschutz** bei Gebäuden zu verbessern, hat auch das Land Wien die Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Einsparung von Energie („Staatsvertrag“) unterzeichnet. Unter Zugrundelegung dieser bundeseinheitlichen Empfehlung wurde mit Erlaß 103/80 jene Regelung für den Magistrat geschaffen, die in Hinkunft einen erhöhten Wärmeschutz bei Gebäuden des Hochbaues ermöglichen wird (Außenwände, Wärmedurchgangszahl K maximal 0,7 W/m<sup>2</sup> K).

Im Rahmen des Wohnbauprogramms wurde das **Forschungsvorhaben** in 14, Flötzersteig 239 — Österreichisches Sonnenhaus —, und das Projekt „Verdichteter Flachbau“ in 23, Johann Gottek-Gasse, betreut. Bei diesem kommt ein von der Magistratsabteilung 32 entwickelter Sonnenenergieurm zur Anwendung.

Die Tätigkeit der Gruppe **städtischer Nutzbau** umfaßt, den Wohnbau ausgenommen, die selbständige Durchplanung verschiedener Objekte, Zu- und Umbauten, die Adaptierung und Einrichtung etwa von Schulen, Spitälern, Sportbauten, Märkten, Amtsgebäuden usw. und schließlich die Koordinierung des Planungsablaufes bei Beauftragung von Ziviltechnikern bei städtischen Bauvorhaben aller Größenbereiche sowie von Studien. Die Betreuung reicht von der Entwicklung der Projekte bis zur Ausführungsreife und Genehmigung in den politi-



schen Gremien. Erweiterte Arbeitsgespräche mit den beauftragten Ziviltechnikern und befaßten Dienststellen ergaben sich durch die wirksam gewordene Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, LGBl. für Wien Nr. 15/1980, betreffend erhöhten Wärme- und Schallschutz.

Auf dem Bildungssektor sind vor allem Planungen von Schulen und Kindertagesheimen von Bedeutung, wobei sich der Schulbau der Stadt Wien gegenwärtig auf die Erneuerung im innerstädtischen Bereich konzentriert. Die Problematik reicht von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Schulbetriebes bis zur Fertigstellung des Neubaus. So ergeben sich durch die etappenweise Errichtung der Gebäude schwierige Planungsvoraussetzungen.

An abteilungseigenen Planungsarbeiten größeren Umfanges sind vor allem die Bauausführungsplanung und laufende Oberleitung während der Bauausführung für die Generalsanierung der bestehenden Zentralberufsschule in 15, Hütteldorfer Straße, und für den Neubau der achtklassigen Ganztagschule in 15, Reichsapfelgasse, hervorzuheben, ferner die Erstellung des Vorentwurfes für die Adaptierung des städtischen Objekts in 15, Meiselstraße—Johnstraße, für Berufsschulzwecke und die Bebauungsstudie für den Neubau einer 16klassigen Volksschule in 20, Gerhardusgasse, in die ein Tagesheim, ein Jugendklub und eine Rettungsstation integriert wurden.

Von den Schulbauplanungen, die durch Ziviltechniker erstellt wurden und bei denen die Abteilung koordinierend eingeschaltet ist, sind die Vorentwurfsplanungen für den Polytechnischen Lehrgang mit 24 Klassen in 10, Pernerstorfergasse, für die 12klassigen Volksschulen in 18, Köhlergasse, und 22, Schüttauplatz, sowie die Bauausführungsplanung für den Zubau der Turnhalle bei der Schule in 14, Hochsatzengasse, und für das Projekt Schule-Wohnhaus in 22, Markomannenstraße, zu nennen.

Im Rahmen der Tätigkeit in der Schulbaukommission wurde in Zusammenarbeit mit den Fachdienststellen der Wissensstand vertieft und Richtlinien in bezug auf die Möglichkeit einer Standardisierung der Ausstattung ausgearbeitet. Laufende Kontakte erforderte die in Ausarbeitung stehende Studie „Vergleichende Untersuchung Wiener Schulneubauten“. Die Arbeit wird 1980 abgeschlossen.

Im Arbeitsbereich Bäder befinden sich die bestehenden Bäderanlagen in einem unterschiedlichen baulichen und technischen Zustand. Bei verschiedenen Kinderfreibädern, Volksbädern, Warm- und Sommerbädern wurden, um den weiteren Bestand zu sichern, dem neuen Bäderhygienegesetz zu entsprechen und um die Attraktivität zu heben, umfassende bauliche Maßnahmen notwendig, die größtenteils nach Planungen der Abteilung durchgeführt wurden. Bei den Kinderfreibädern wurde mit der Planung für die Sanierung und den Ausbau von drei weiteren Anlagen, und zwar in 2, Augarten und Max Winter-Platz, und in 14, Reinlgasse, begonnen. Auf Grund der ständig abnehmenden Besucherzahlen in den Brausebädern verschiedener Volksbäder konnten in stillgelegten Bäderabteilungen Saunaanlagen eingebaut werden. So erfolgten in den Saunaanlagen in 5, Einsiedlerplatz, und in 21, Weisselgasse, Um- und Zubauten. Die Planungsarbeiten für den Zu- und Umbau und die Generalsanierung des Amalienbades sowie für den Neubau des 1880 erbauten Sommerbades in 14, Hadersdorf-Weidlingau, wurden aufgenommen und die Einreichplanung durchgeführt.

Die Planungsarbeiten für Gebäude des Gartenwesens umfaßten die Ausarbeitung von Einreichplänen für die einstöckige Gärtnerunterkunft im Wasserpark in 21, An der oberen Alten Donau, für einen ebenerdigen Zubau zur Schaffung eines Einstellraumes für Fahrräder, Garderoben und einen Sanitärraum im Schulverkehrsgarten in 2, Hauptallee, und schließlich für eine einstöckige Gärtnerunterkunft am Biberhaufenweg im 22. Bezirk in Aspern.

Bei 14 städtischen Objekten, Wohnhaus- wie Nutzbauten, wurden die Fassadenaufschriften und die Widmungstafeln im Einvernehmen mit den Planverfassern festgelegt, nach Vorlage der Detailzeichnungen geprüft und dann zur Ausführung freigegeben. So wurde der Vorschlag für die Umgestaltung des Kriegerdenkmals am Hameau ausgearbeitet und der Entwurf für eine Albert Einstein-Motivtafel am Wohnhaus in 19, Grinzinger Straße 70, hergestellt.

Maßgebliche Koordinierungs- und Vorbereitungsarbeiten waren für zwei Kunstsitzungen zu tätigen, in denen stets Entwürfe von Künstlern vorgelegt werden. Schließlich wurden von der Jury acht künstlerische Arbeiten ausgewählt, die zur Ausführung gelangen.

Umfangreiche Planungs- und Koordinierungstätigkeiten waren für Umbau- und Adaptierungsarbeiten sowie Einrichtungen in Amtshäusern sowie in sonstigen städtischen Objekten durchzuführen. So wurden unter anderem Planungsarbeiten für die Erweiterung der Lebensmitteluntersuchungsanstalt St. Marx, ein Verwaltungsgebäude der Magistratsabteilung 60 und Betriebslokale für die Magistratsabteilungen 28 und 30 beziehungsweise 48 in 3, Nottendorfer Gasse, beziehungsweise 10, Sonnleithnergasse, geleistet.

Für das Bezirksmuseum in 2, Augartenstraße 40, waren Planvarianten als Grundlage für das Raumprogramm auszuarbeiten, für das Museum im Schloß Pötzleinsdorf im 18. Bezirk war eine Vorentwurfsplanung zu erstellen. Adaptierungsarbeiten und Zubauten wurden ausgeführt für die Bezirksmuseen in 21, Prager Straße, und in 22, Kagraner Platz.

Der Bereich Kindertagesheime, Heime für Jugendliche umfaßt Neubauten, in größerem Umfang jedoch Generalrenovierungen und Umbauten bestehender Objekte. Hierzu werden die gesamte Planung — Vorentwurf bis



Ausführungs- und Detailplanung —, Farb- und Materialzusammenstellung sowie die laufende Betreuung der Baustellen in Zusammenarbeit mit anderen Fachabteilungen entsprechend dem Baufortschritt erbracht.

An abteilungs-eigenen Planungen von Kindertagesheimen sind die Neubauten in 11, Dreherstraße—Valiergasse, ein zweigeschossiger Prototyp mit 6 Gruppen (fertiggestellt), sowie in 12, südlich Am Schöpfwerk, mit 12 Gruppen zu erwähnen. Für die geplanten Neubauten in 2, Engerthstraße (Ersatz Mexikoplatz), und in 23, Mehlführergasse, wurden Vorentwurfsplanungen erstellt.

An Adaptierungen größeren Umfanges sind die Baubetreuung für die Generalrenovierung des Kindertagesheimes in 16, Rosenackerstraße (9 Gruppen), und die Planungen für die Generalrenovierung in 14, Hägelingasse, 17, Wattgasse, und 21, Fultonstraße, hervorzuheben, ferner die Planung für den Umbau des ehemaligen Karolinen-Kinderspitals in 9, Sobieskigasse, mit dem Einbau von 4 Sonderkindergartengruppen und verschiedene therapeutische Einrichtungen sowie ebenfalls Sonderkindergartengruppen im Haus 9, Borschkegasse 10, im Bereich des Allgemeinen Krankenhauses.

Im Bereich der Jugendheime in und außerhalb Wiens, für die laufend vor allem Adaptierungs- und Umbauarbeiten nach erfolgten Planungen durchgeführt werden, sind im besonderen die Heime Klosterneuburg und Biedermannsdorf erwähnenswert, wo ein vor Jahren erstelltes Gesamtkonzept stufenweise verwirklicht wird. Im Heim Klosterneuburg wurden ein Turnsaal samt Nebenräumen und ein Klassentrakt fertiggestellt.

Die Planungen beauftragter Architekten umfassen vor allem den Bau von in Wohnhausanlagen integrierten Kindertagesheimen, wie unter anderem in 16, Ottakringer Straße 200, in 18, Peter Jordanstraße, 17, Gersthofer Straße, und 21, Marco Polo-Platz—Carabelligasse. In diesem Fall erfolgte seitens der Abteilung eine Begutachtungs- und Koordinierungstätigkeit vom Beginn der Planung an bis zur Ausführung.

Entsprechend dem Zielplan der Krankenversorgung und Altenhilfe für Wien wurde eine Umstrukturierung des Wiener Krankenanstaltenwesens in medizinischer, wirtschaftlicher und organisatorischer Sicht zwingend durchgeführt. Das gesamte Stadtgebiet wurde in vier Versorgungsräume geteilt und wird seitens der Abteilung von drei Referenten betreut, die für die Wiener Krankenanstalten sämtliche Planungs-, Betreuungs- und Beratungstätigkeiten, größtenteils im eigenen Wirkungsbereich der Abteilung, durchführen. Die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit lagen beim Umbau von Stationen (Saalunterteilungen), Primariaten und medizinischen Versorgungseinrichtungen (Ambulanzen, OP-Säle), beim Um- beziehungsweise Zubau von Küchen, Speiseräumen und Versorgungssystemen, bei der Verbesserung von Sanitäranlagen durch den Einbau zusätzlicher Bäder und WC-Anlagen für Personal und Patienten, ferner bei der architektonischen Ausgestaltung von Eingangsbereich und Wartehallen sowie von Aufenthaltsräumen, bei haustechnisch erforderlichen Zu- und Umbauten (Kesselhäuser, Lüftungsanlagen), bei Fassadeninstandsetzungen und der Gestaltung der Außenanlagen sowie schließlich bei Maßnahmen für das Personal, die die Errichtung von Garderoben, Waschräumen und Aufenthaltsräumen betreffen.

Auf Grund der verschärften feuerpolizeilichen Maßnahmen wurde die Erstellung von Brandschutzplänen für sämtliche Spitäler Wiens erforderlich, die abteilungsintern bearbeitet werden und mit einer erheblichen zeichnerischen Tätigkeit verbunden sind. So konnte bereits ein Großteil der Anlagen erfaßt werden.

Die Studie „Orientierungssystem Wiener Krankenanstalten“ wurde fertiggestellt und in der Praxis erstmals in der Poliklinik, 1. Medizinische Abteilung, zur Erprobung angewendet.

Der Versorgungsbereich Nord und Ost umfaßt die Betreuung von 7 Krankenanstalten, 2 Pflegeheimen und 1 Psychiatrischen Krankenhaus mit insgesamt 5.866 Betten. Planungen größeren Umfanges wurden abteilungsintern für den Umbau der Röntgenstationen in der Poliklinik und im Sophienspital bearbeitet, im Allgemeinen Krankenhaus für den Umbau der Station 42 in einen OP-Trakt, die I. Unfallchirurgie, für die Adaptierung der Intensivblutbank und den Zubau zur Isotopenstation.

Im Einvernehmen mit dem Bundesdenkmalamt und in Zusammenarbeit mit den Fachdienststellen wurden Renovierungsarbeiten in den Pflegeheimen Klosterneuburg und St. Andrä sowie im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs durchgeführt.

Im Sozialmedizinischen Zentrum Ost konnte ein Teil des 1. Bauabschnittes — Wohnbereich und Schule mit Internat — fertiggestellt werden; für das Pflegeheim wurden umfangreiche baubegleitende Koordinierungsgespräche im Zuge der Bauausführung geführt. Nach Überarbeitung des Raum- und Funktionsprogramms aus 1971 wurde zur Überprüfung der Realisierbarkeit des neuen Raumprogramms eine Grundsatzplanung beauftragt, in direktem Kontakt und regelmäßigen Arbeitsgesprächen von der Abteilung betreut und schließlich im Dezember fertiggestellt.

Der Versorgungsbereich Süd und West umfaßt 11 Spitäler beziehungsweise Pflegeheime. Neben Planungen kleineren Umfanges für Umbauten in den verschiedensten Bereichen sind die Bauausführungsplanung und laufende Bauoberleitung für den Neubau der Strahlenbettenstation im Krankenhaus Lainz, für die Saalunterteilung im Pavillon 7 und für die Umbauten in der Angiographie in der 1. Chirurgischen Abteilung, in der Urologischen und in der Augenabteilung erwähnenswert.

Die Vielzahl der Aufgaben, die größtenteils von der Abteilung selbst durchgeführt wird, bringt ein besonders breites Einsatzgebiet mit laufenden Planungsarbeiten, Bau- und Planungsbesprechungen, Baubetreuung bis zur



Materialauswahl in kleinste Details. Diese Tätigkeiten wurden laufend durchgeführt, unter anderem für Umbauten mehrerer Pavillons im Pflegeheim Lainz, für den Neubau des Werkstattegebäudes sowie für Umbauten im Pflegeheim Liesing und im Franz Josef-Spital. Im Preyer'schen Kinderspital erfolgte der Umbau der Ambulanz und der internen Abteilung, im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel der Laborumbau im Kurmittelhaus und der Zubau einer Röntgenstation. Im Pflegeheim Baumgarten wurde der Pavillon 2, im Wilhelminenspital die Dermatologische Abteilung total umgebaut, im Pulmologischen Zentrum Baumgartner Höhe eine geriatrische Abteilung errichtet. Durch vollständige Umbauarbeiten konnte im Elisabethspital eine Akutstation, im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe eine Kinderabteilung errichtet und die Beschäftigungstherapie erweitert werden.

Im Zusammenhang mit Nutzbauten und großen Wohnbebauungen muß auch auf die oft schwierig verlaufenen Vertragsverhandlungen und Gebührenberechnungen sowie auf die umfangreichen Schlußabrechnungen langfristiger Bauvorhaben hingewiesen werden. An Verträgen wären die Abschlüsse für die Grundsatzplanung des Krankenhauses beim Sozialmedizinischen Zentrum Ost, für die Planung der Station „Donauinsel“ im Bauabschnitt XI bei der Verlängerung der U 1, ferner für die Abstellhalle im Bauabschnitt XIII, für die Schule in 22, Schüttauplatz, sowie schließlich für die Detailplanung der Oberflächengestaltung weiterer Teilbereiche des Franz Josefs-Kais hervorzuheben. Dazu kommen bei Bauvorhaben größeren Umfangs und Überschneidungen von Ziviltechnikerleistungen die beratende Tätigkeit im Rahmen der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion, Referat IV, ferner die Prüfungen, Begutachtungen und die Mitarbeit an den Vertragsverhandlungen. In diesem Zusammenhang sind besonders die Rampen- und Fußgängerbauwerke im Zuge der Reichsbrücke und die architektonische Beratung bei der 5. Donaubrücke zu nennen. An Preisprüfungen von Angeboten für Magistratsdienststellen wären die für den Umbau der Stadtbahnstationen auf U-Bahn-Betrieb, die der Straßenmeisterei Nord, des Umbaus und der Sanierung zur Errichtung der Wiener Kammeroper, des Umbaus für ein neues Gemeindezentrum der Israelitischen Kultusgemeinde zu nennen, ferner die für die Ausstellung „Kommunaler Wohnbau Wien“ in Lausanne und für verschiedene Modellherstellungen, wie rechter Donaudamm und Hauptkläranlage.

Schlußabrechnungen wurden für die Schule in 22, südlich Aderklaaer Straße, den Zubau bei der Sonderschule Klosterneuburg, das Sommerbad Liesing (Höpfelbad), den Zubau beim Krapfenwaldbad, ferner für die Saunaeinbauten im Währinger Bad und im Penzinger Bad, das Personalwohnheim in 13, Josef Lister-Gasse, die Inneneinrichtungen beim Personalwohnheim in 18, Scheibenbergstraße, die Lebensmitteluntersuchungsanstalt St. Marx (1. und 2. Bauteil) und schließlich für die Graphikerleistungen für die Stationen der U 1 sowie die Teilabrechnung des Hallenstadions in 2, Engerthstraße, durchgeführt.

Besonders umfangreiche Tätigkeiten sowie die Ausarbeitung ausführlicher schriftlicher Stellungnahmen waren zu den Berichten des Rechnungshofes über die Teilgebiete „Konzeption der Wiener U-Bahn“, „Sportzentrum West“ und „Hallenstadion“ vorzunehmen.

Im Rahmen der Arbeitskreise zur „Koordinierung der Behindertenhilfe“ und „Koordinierung des Bereiches Jugend und Familie“ war die Teilnahme an je 4 Plenarsitzungen erforderlich. Im ersten Fall ist als wichtigstes Ergebnis ein Magistratsantrag zu nennen, im Sinne des § 97/5 der Bauordnung mit dem Ziel, eine Verordnung zu erlassen, die Bauwerber verpflichtet, Bauvorhaben des Wohn- und Nutzbaues, aber auch der Infrastruktur (Amtshäuser, Wohlfahrtseinrichtungen) behindertengerecht zu planen und zu errichten. Im Zusammenhang damit ist zu erwähnen, daß die Önorm B 1600 hinsichtlich einer Ausführung von Wohnungen für Behinderte im Rahmen des Wohnbauprogramms der Stadt Wien über Weisung der Baudirektion als verbindlich erklärt wurde. Im Jahre 1979 wurden im Einvernehmen mit den zuständigen Dienststellen rund 40 Wohnungen für Behinderte bei Projekten des Wohnbauprogramms vorgesehen. Für den Bereich Jugend und Familie wurden vor allem beratende Gespräche geführt, außerdem Mißstände, Verbesserungen und vorgesehene Aktivitäten aufgezeigt.

## Plan- und Schriftenkammer

Im Jahre 1979 wurden in der Technisch-wissenschaftlichen Bibliothek der Abteilung für die Anschaffung von Fachbüchern und -zeitschriften, Normen, Gesetzen und sonstigen Vorschriften 600.000 S aufgewendet, wobei bereits ab Oktober 1979 mangels ausreichender finanzieller Mittel nur noch die dringendsten Wünsche der Fachdienststellen berücksichtigt werden konnten. Die erhöhten Ausgaben sind einerseits mit Preissteigerungen, andererseits mit dem ständig steigenden Informationsbedürfnis über die Anwendung neuer Technologien, über veränderte Rechtsgrundlagen wie Wärmeschutzverordnung sowie über Emissions- und Immissionsvorschriften usw. zu begründen.

Die Bibliothek der Abteilung hat rund 300 Fachzeitschriften über Bauwesen, Architektur, Maschinenbau, Elektrotechnik, Energietechnik, Umweltschutz, Organisationswesen, Drucktechnik, Büroorganisation usw. abonniert. Diese Zeitschriften werden im Rahmen eines internen wöchentlichen Austausches an etwa 140 In-



teressenten (Fachreferate) weitergeleitet, wodurch ein großer Personenkreis rasch aktuelle Information erhält. Die Fachzeitschriften können unter Umständen auch entlehnt werden. Überdies werden Profildienste in Form einer speziellen Themenauswahl geboten, auf Wunsch diese „Profile“ Interessenten zusammengestellt und zugesandt.

Der Zugang an Büchern betrug im Jahre 1979 416 Bände, so daß mit Stand vom 31. Dezember 1979 27.211 Bände inventarisiert waren; die Zahl der Entlehnungen betrug rund 2.000 Bände. Rechts- und Vorschriften-sammlungen, Bundes-, Reichs-, Staats- und Landesgesetze sind als Nachschlageexemplare in der Abteilung vorhanden, ebenso können Önormen des Bauwesens oder anderer relevanter Sachgebiete rasch beschafft werden. Außerdem stehen dafür Verzeichnisse und Indizes zur Verfügung.

Das auf 35 mm-Lochkarte verfilmte, etwa 25.000 Pläne umfassende historische Planarchiv wurde zur Gänze von der Bibliothek der Abteilung übernommen und zum Teil aufgearbeitet. Die abgelegten Jahrgänge der Fachzeitschriften wurden laufend auf 16 mm-Rollfilm aufgenommen und stellen in dieser Form eine bedeutende Erleichterung in der Benützung und Archivierung dar. Sie können nun auf einem Bildschirm gelesen werden, auf Wunsch werden aber auch Rückvergrößerungen auf Papier erstellt.

Mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 23. Juli 1979, Zl. MD-747-1/79, wurden die Beschaffungskompetenzen hinsichtlich der Spezialerfordernisse der Dienststellen neu geregelt. Die Stellung der Abteilung als zentrale Beschaffungsstelle für den gesamten Magistrat wurde dabei nicht unwesentlich erweitert. Denn die Kompetenz erstreckt sich nunmehr auf die Beschaffung von Geräten für die Herstellung, den Druck, die Vervielfältigung und das Kopieren von Karten und Plänen sowie auf alle dafür erforderlichen besonderen Zeichenerfordernisse, Betriebsmittel und Materialien, Mikrofilmgeräte samt den zugehörigen Einrichtungen, auf Photogeräte, Filmmaterialien und zugehörige Betriebsmittel mit Ausnahme jener für den Bereich der audiovisuellen Unterstützung des Unterrichtes, der Landkarten und der Katasterpläne. Die Beschaffung von geodätischen Instrumenten wurde hingegen aus Gründen der Zweckmäßigkeit der Magistratsabteilung 41 übertragen.

Durch das Wirksamwerden des Erlasses erst Anfang des letzten Drittels des Jahres 1979 konnte dadurch, daß die meisten Abteilungen ihren Bedarf bereits gedeckt hatten, mit den genehmigten Budgetansätzen für das laufende Jahr ohne wesentliche Überschreitungen das Auslangen gefunden werden. Für das Jahr 1980 muß jedoch besonders auf dem Sektor der Mikrofilmgeräte mit einer empfindlichen Zunahme der Ausgaben gerechnet werden, die im ordentlichen Budget nicht mehr gedeckt werden können.

Die Reproanlage der Abteilung hat im Jahre 1979 graphische Produkte im Wert von rund 5,8 Millionen Schilling hergestellt. Dieser Wert kommt einer Steigerung gegenüber 1978 um 49 Prozent gleich. Die Bewältigung dieses größeren Leistungsvolumens konnte vorläufig durch Überstundenleistungen und straffe Zeitplanung sowie gezielten Personaleinsatz ohne Vermehrung des Personalstandes erfolgen. Die vermehrte Ausgabe des Computer-Outputs auf Mikrofilm anstatt von Papier hat auch einen merklichen Aufschwung des konventionellen Mikrofilms mit sich gebracht.

Neben der laufenden Verfilmung der Pläne fertiggestellter U-Bahn-Bauabschnitte, der Planarchive der Magistratsabteilungen 29 und 30, neben der Fortführung der Farbverfilmung der Plakatsammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek sind zahlreiche neue Mikrofilmprojekte an die Abteilung herangetragen worden.

Besonders erwähnt sei in diesem Zusammenhang die Verfilmung der gesamten Registratur der Buchhaltungsabteilung II mit rund 50.000 Kontoblättern und Akten, wodurch in Hinkunft Lagerräume von mehr als 200 m<sup>2</sup> eingespart werden können.

In Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 9 wurde die Verfilmung der Zeitungsbestände dieser Abteilung in Angriff genommen. Durch die Initiative der Wiener Stadt- und Landesbibliothek konnte ein Übereinkommen mit den österreichischen Bibliotheken erreicht werden, nach dem jede Bibliothek aus ihrem Bestand bestimmte Zeitungen verfilmen wird, die dann im Tauschwege den anderen zugänglich gemacht werden. Bei der Magistratsabteilung 8 wird die Mikroverfilmung des historischen Planarchivs fortgesetzt, auf Grund der positiven Erfahrungen mit der Verfilmung der Plakatsammlung der Magistratsabteilung 9 wird jetzt auch eine Parie in Farbe hergestellt, wodurch der Informationswert für den Benützer außerordentlich groß wird. Das Referat für Verkehrssicherheit der Magistratsabteilung 46 setzt den Mikrofilm bei der Erhebung der Unfallhäufigkeit an Kreuzungen auch als Organisationsmittel ein, wobei von der Abteilung alle vorhandenen Kreuzungspläne verfilmt wurden.

Auf dem Gebiet des Offsetdruckes wurden an die Abteilung neben dem routinemäßigen Druck der Stadtkarte und des Sternlaufes wieder zahlreiche Spezialaufträge herangetragen. Im besonderen sei der Farbdruck des Flächenwidmungsplanes 1 : 10.000 hervorzuheben, der in anerkannt hervorragender Qualität von der Abteilung mit den notwendigen kartographischen Zwischenprodukten hergestellt wird. Diese Vorgangsweise bringt dem Magistrat eine Einsparung von rund 700.000 S.

Beim Druck des Flächenwidmungsplanes macht sich der Nachteil bemerkbar, der durch das Fehlen der technisch unbedingt erforderlichen Klimatisierung des Druckraumes entsteht, in dem die Bogenrotationsmaschine aufgestellt ist. Bei ungünstigen Luftfeuchtigkeitsverhältnissen kann infolge der unterschiedlichen Papieraush-



# PLANUNGSGRUNDLAGEN FÜR WIEN

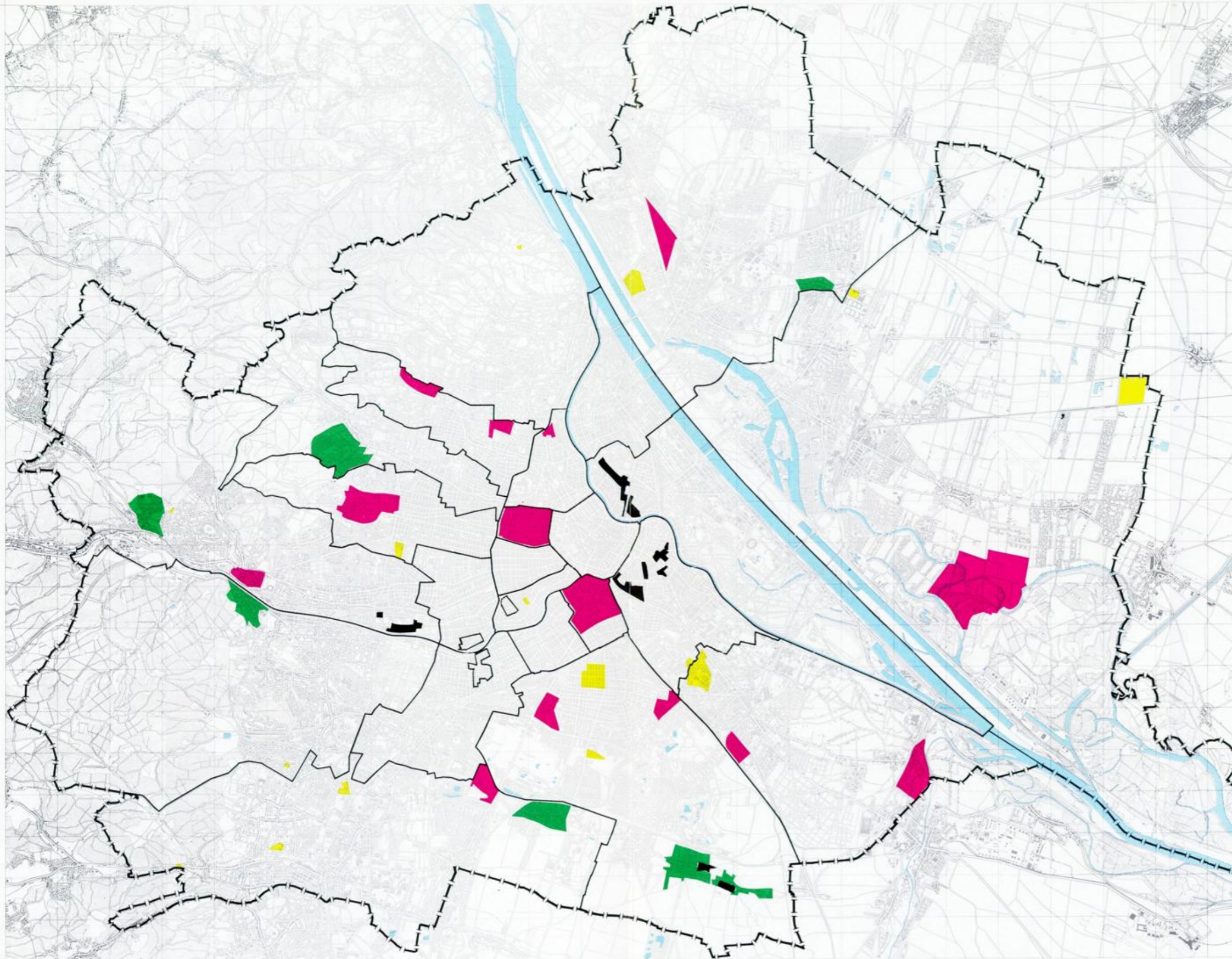
Magistrat der Stadt Wien  
Geschäftsgruppe Stadtplanung

## PLANDOKUMENTE

vom Gemeinderat 1979 beschlossen

-  Schutzzonen
-  Aufhebungen und Neufestsetzungen
-  Abänderungen
-  Stadtteilplanungen
-  Bausperren
  
-  Gewässer
-  Landesgrenze
-  Bezirksgrenzen

Quelle: MA 21  
Entwurf: OBR. Mag. arch. Ernst Wagenristl  
Bearbeitung: OBR. Mag. arch. Ernst Wagenristl  
Repro: MA 20  
Kartographie: MA 41 — Stadtvermessung





nung oft tagelang nicht gedruckt werden, ein Umstand, der im Zusammenhang mit der bereits angespannten Terminalsituation zu erheblichen Nachteilen führen wird.

Die technische Photographie und die Bilddokumentation werden weiterhin im verstärkten Ausmaß von zahlreichen städtischen Dienststellen in Anspruch genommen, darüber hinaus wird über Auftrag der Stadtbauverwaltung eine lückenlose Dokumentation des gesamten Baugeschehens durchgeführt.

In der Zeit vom 8. bis 9. Oktober 1979 wurde unter Federführung der Abteilung beim Amt der Wiener Landesregierung eine Expertenkonferenz der Bundesländer über die Umstellung von Planarchiven auf Mikrofilm abgehalten. An dieser Veranstaltung nahmen 50 Experten aus den Landesregierungen aller neun Bundesländer teil. Zweck der Tagung war ein intensiver Erfahrungsaustausch mit dem Ziel, den Mikrofilm als raum- und kostensparendes Hilfsmittel der Verwaltung einzusetzen. In mehreren Referaten wurde der Einsatz des Mikrofilms bei der Wiener Stadtverwaltung vorgestellt. Wie sich bei der Tagung herausstellte, haben die Bundesländer Wien und Oberösterreich die größten Erfahrungen mit dem Einsatz des Mikrofilms. Die Vertreter Wiens an der Konferenz haben vorgeschlagen, einmal jährlich eine Expertenkonferenz zu diesem Thema abzuhalten und ersuchen die Teilnehmer, diesen Vorschlag in ihren Ländern zu unterstützen.

Über Auftrag der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation wurde im Jahre 1979 von der Dr. Bruno Urmann-Unternehmensberatungsgesellschaft eine Untersuchung über das Druckereiwesen beim Magistrat durchgeführt. Ziel der Untersuchung war, die betriebswirtschaftliche Zweckmäßigkeit einer Zusammenlegung der verschiedenen Druckereien festzustellen beziehungsweise ein Konzept zur Verbesserung der derzeitigen Situation zu erarbeiten. Vorschläge zu dieser Problematik wurden vom Leiter der Abteilung seit 1970 erstellt: das letzte Mal wurde die Abteilung im Jahre 1978 im Rahmen der Feinstrukturierung der Geschäftseinteilung mit einer Untersuchung über die Zusammenlegung der Druckereien unter ihrer Leitung betraut. Der der Abteilung zugegangene Zwischenbericht des Urmann-Institutes bestätigt im wesentlichen die bisher eingeschlagene Vorgangsweise.

## Flächenwidmungs- und Bebauungsplan

In Fortsetzung der Arbeiten der vergangenen Jahre wurde wieder eine Vielzahl von Bebauungsvorschlägen und Studien für die städtebaulichen Planungen ausgearbeitet, die sich auf das gesamte Stadtgebiet beziehen. Die aus den Bearbeitungsergebnissen gewonnenen Erkenntnisse wurden, unter Berücksichtigung von städtebaulichen Zielsetzungen, von laufenden Bauansuchen, Baubewilligungen und von den vorgeschlagenen Schutzzonen, in 42 Anträgen auf Abänderung oder Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes eingearbeitet und der beschlußfassenden Körperschaft zur Genehmigung vorgelegt. Die an die Stadtplanung gestellten Anforderungen machten eine laufende Überprüfung und Abstimmung mit neuen Erkenntnissen und Zielsetzungen in den dicht und locker bebauten Gebieten notwendig. Die Behandlung der einzelnen Probleme weist nur selten eindeutige Anfangs- und Endpunkte auf; dieselben Probleme treten immer wieder durch die fortschreitende Entwicklung verändert auf. Die Tätigkeit der Planung ist daher von kontinuierlichen Charakter der Planungsprozesse bestimmt.

Von den im Jahre 1979 ausgearbeiteten Entwürfen sind vor allem jene Bearbeitungen hervorzuheben, bei denen unter Berücksichtigung des Altstadterhaltungsgesetzes detaillierte Festsetzungen im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erfolgt sind: So wurden im 4. Bezirk für die Bereiche entlang der Wiedner Hauptstraße vom Karlsplatz bis zur Blechturmstraße Antragsentwürfe ausgearbeitet und dem Genehmigungsverfahren zugeleitet. Der diesbezügliche Gemeinderatsbeschluß erfolgte im Mai 1979. Unter Wahrung des Stadtbildes und in Abstimmung auf die bereits festgesetzte Schutzzone wurden im 8. Bezirk detaillierte Festsetzungen in die Entwürfe zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan aufgenommen. Der Gemeinderatsbeschluß erfolgte im Juni 1979. Bei der Ausarbeitung des Entwurfes zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan des 12. Bezirkes wurde im besonderen auf die Erhaltung und mögliche Weiterentwicklung des alten Ortskernes eingegangen. In den Bezirken 9, 10, 16 und 20 waren ebenfalls Bearbeitungen durchzuführen und die Entwürfe zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan dem Genehmigungsverfahren laut Bauordnung (BO für Wien) zuzuleiten. Für Teilgebiete der Bezirke 9, 10, 12, 13, 16 und 23 wurde mit umfangreichen Grundlagenhebungen als Vorarbeiten für die Neufassung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes begonnen. Überdies wurden für Teilbereiche des 10. Bezirkes — alte Ortskerne Oberlaa und Unterlaa, des 13. Bezirkes — Wientalstraße — Erzbischofsgasse — Himmelhofgasse, des 14. Bezirkes — Cottagestraße — Anzengruberstraße (Kolbeterberg), des 17. Bezirkes — Heuberg — Dornbacher Straße, ferner des 21. Bezirkes — alter Ortskern Leopoldau und des 23. Bezirkes — alter Ortskern Inzersdorf Stadtteilplanungen eingeleitet. Weiters wurde für den 19. Bezirk, und zwar für das Kerngebiet Grinzing, mit einer Überprüfung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes begonnen. Für den 1. Bezirk wurden entsprechende Vorarbeiten für die widmungsmäßige Behandlung eingeleitet. Zur Sicherung von Flächen für die Wirtschaft wurden durch entsprechende Festsetzungen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für große Bereiche die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen.



Bezüglich Modellfall Ottakring wirkte nach Erlassung der Verordnung gemäß Stadterneuerungsgesetz (STEG) durch die Landesregierung die Abteilung in der Realisierungsphase bei weiteren Planungsvorgängen mit. Gemäß Stadterneuerungsgesetz wurden „vorbereitende Untersuchungen“ eingeleitet oder weitergeführt im 6. Bezirk, Gumpendorf, im 7. Bezirk, Ulrichsberg, im 9. Bezirk, Himmelfortgrund, im 12. Bezirk, Wilhelmsdorf, im 15. Bezirk, Storchengrund, im 17. Bezirk, Elterleinplatz, und im 18. Bezirk, Kreuzgassenviertel. Die Untersuchungen zur Beurteilung des Gebietes „Gumpendorf“ im 6. Bezirk wurden abgeschlossen und der Bevölkerung in einer ersten dreiwöchigen Informationsveranstaltung dargestellt. Während dieser Veranstaltung wurden die Anregungen, Vorschläge und Empfehlungen der Bevölkerung zur Entwicklung dieses Gebietes festgehalten, in der Folge ausgewertet und in die Planung integriert. Dies führte zu einem Antrag der Bezirksvertretung des 6. Bezirkes über die „Grundsätzlichen Ziele der Assanierung“ und in weiterer Folge zur Erstellung erster Vorschläge zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in diesem Gebiet. Überdies wurde die Inbetriebnahme eines Informationslokales „Stadterneuerung in Gumpendorf“ vorbereitet. Am Beispiel des Modellgebietes „Ulrichsberg“ im 7. Bezirk wurden besonders umfassende Untersuchungen, auch in rechtlicher und sozialer Hinsicht, durchgeführt. Nach Abschluß dieser Arbeiten wurde ein Vorschlag für das Erneuerungskonzept zur Abgrenzung eines Verordnungsgebietes gemäß STEG erarbeitet. Dieser Vorschlag wurde im Informationslokal Ulrichsberg mit der Bevölkerung kleingruppenweise in einer Reihe von Veranstaltungen diskutiert. Die Stellungnahme der Bevölkerung hiezu wurde in die Planung eingearbeitet und hernach diese den zuständigen Entscheidungsträgern weitergeleitet. Ein weiteres Ergebnis dieser Arbeit war der Antrag der Bezirksvertretung auf Verhängung einer zeitlich begrenzten Bausperre gemäß § 8 (2) der BO für Wien. Zur Beurteilung des Gebietes „Himmelfortgrund“, 9. Bezirk, und zu dessen Abgrenzung wurden die im Magistrat vorhandenen Planunterlagen aufbereitet, ein Auftrag zur Betreuung der „vorbereitenden Untersuchungen“ vergeben sowie die Vorarbeiten zur Inbetriebnahme eines Informationslokales eingeleitet. Die Bestandsaufnahmen für das Gebiet „Wilhelmsdorf“, 12. Bezirk, wurden unter besonderer Bedachtnahme auf die Kriterien des Stadterneuerungsgesetzes abgeschlossen, die vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 5 STEG begannen und die erste dreiwöchige Informationsveranstaltung für die Bevölkerung in einem Informationsbus durchgeführt. Die Ergebnisse der Informationsveranstaltung wurden ausgewertet und in die laufenden Planungsarbeiten einbezogen. Ein weiteres Ergebnis dieser Bearbeitung war der Antrag der Bezirksvertretung auf Verhängung einer zeitlich begrenzten Bausperre gemäß § 8 (2) der BO für Wien, die seit Ende 1979 in Kraft ist. Überdies wurde die Inbetriebnahme eines Informationslokales „Stadterneuerung Wilhelmsdorf“ vorbereitet. Im Sinne des Stadterneuerungsgesetzes wurden für das Gebiet „Storchengrund“, 15. Bezirk, die ersten Vorschläge zum Erneuerungskonzept der vorbereitenden Untersuchungen abgeschlossen und die ersten Veranstaltungen im Informationslokal durchgeführt. Die eingelangten Stellungnahmen der Bevölkerung wurden ausgewertet und daraus resultierend Vorschläge für Sofortmaßnahmen und für kurzfristig realisierbare Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in diesem Gebiet in laufender Abstimmung mit den zuständigen Fachdienststellen erarbeitet. Ein weiteres Ergebnis der Bearbeitung war der Antrag der Bezirksvertretung auf Verhängung einer zeitlich begrenzten Bausperre gemäß § 8 (2) der BO für Wien. Die vorbereitenden Untersuchungen für den Bereich „Elterleinplatz“, 17. Bezirk, wurden gemäß Stadterneuerungsgesetz in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachdienststellen des Magistrates abgeschlossen, in der Folge mit der im Stadterneuerungsgesetz gemäß § 5 Abs. 6 vorgesehenen öffentlichen Einsichtnahme als Voraussetzung für die Antragstellung an den Gemeinderat begonnen. Die magistratsinternen Vorarbeiten zur Erstellung des von der Bezirksvertretung des 18. Bezirkes beantragten umfassenden Assanierungskonzeptes „Kreuzgassenviertel“ wurden abgeschlossen.

Zur Erfüllung und Fortsetzung des Wohnbauprogrammes wurden neben der laufenden Betreuung der durch die Magistratsabteilung 19 beauftragten Architekten städtebauliche Studien für Bebauungsvorschläge weiter bearbeitet und fortgesetzt, wie zum Beispiel für 22, Gerasdorfer Straße, 19, Heiligenstädter Straße, 16, Roterstraße, 2, Elektraplatz und für das 11, Simmering-Graz-Pauker-Gelände. Für ein Teilgebiet im 11. Bezirk, Bereich der Panutcekasse — Kaiser Ebersdorfer-Straße — Etrichstraße — Simmeringer Hauptstraße, wurde die erste Bearbeitungsstufe einer städtebaulichen Studie, die Nutzungsvorschläge für das Planungsgebiet sowie Entwürfe zum Flächenwidmungsplan unter besonderer Berücksichtigung der städtebaulichen gestalterischen Zusammenhänge erbringen sollte, im Dezember 1979 abgeschlossen. Aufbauend auf das Ergebnis der ersten Bearbeitungsstufe, sollen detaillierte Vorschläge zum Bebauungsplan erarbeitet werden, die die Grundlage für die Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes bilden werden.

Im Rahmen der Bearbeitung von „Sonderfragen, den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan betreffend“, wurde die Behandlung von Schul- und Hochschulstandortfragen, wie zum Beispiel für die Internationale Schule, die Universitäterweiterung, die Veterinärmedizinische Universität sowie für damit zusammenhängende städtische Bereiche, fortgesetzt und entsprechende Ausarbeitungen durchgeführt. Für den Bereich Alser Straße beziehungsweise Spitalgasse des alten Allgemeinen Krankenhauses im 9. Bezirk wurden generelle Bearbeitungen hinsichtlich einer möglichen anderweitigen standortgerechten Nutzung unter Berücksichtigung des Bau- und Vegetationsbestandes sowie der auftretenden städtebaulichen Erfordernisse eingeleitet. Von der Abteilung wurden weiters Probleme behandelt, die von besonderer städtebaulicher Bedeutung sind. In diesem Zusammen-



hang sind die Behandlung von Bahnhofsüberbauungen zu nennen sowie die mit der Führung von Verkehrswegen auftretenden Widmungsfragen anzuführen, wie ein übergeordnetes Straßennetz beziehungsweise die Trassen öffentlicher Verkehrsmittel. Schließlich wurden Untersuchungen durchgeführt, die in Zusammenhang mit Widmungsfragen stehen, so etwa zentrale medizinische Einrichtungen für Wien, wie zum Beispiel das Sozialmedizinische Zentrum Ost; außerdem waren Fragen zu klären, die militärische Einrichtungen und Standorte von Kasernen betreffen. Von den Widmungsfragen, die für die Wirtschaft von Bedeutung sind, ist der Bereich Aspern anzuführen. Im Arbeitskreis Stadtentwicklung ist die Abteilung eingeschaltet und mit der Ausarbeitung spezieller Kapitel zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan betraut.

Der Ideenwettbewerb für die städtebauliche Entwicklung eines Teilbereiches des Wienerberg-Geländes wurde nach der Ausarbeitung weiterer Richtlinien, nach Auswertung der Ergebnisse der ersten Wettbewerbsstufe, nach den Empfehlungen des Preisgerichtes sowie nach Erstellung der erforderlichen detaillierten Grundlagen mit der zweiten Wettbewerbsstufe fortgesetzt. Für die zweite Wettbewerbsstufe ist kennzeichnend, daß die Wettbewerbsaufgabe, wie sie für die erste Wettbewerbsstufe formuliert wurde, nunmehr durch die Empfehlungen, die das Preisgericht ausgesprochen hat, eine weitere Präzisierung erfährt. Aus diesem Grunde sowie in Anbetracht der Komplexität und des Umfangs der gestellten Wettbewerbsaufgabe soll der Wettbewerb in der zweiten Wettbewerbsstufe die Grundlage für städtebauliche Lösungsvorschläge bilden, von denen ausgehend die Festsetzung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen erfolgen kann. Die Laufzeit der zweiten Wettbewerbsstufe beginnt am 21. Jänner 1980 und endet mit der Abgabe der Wettbewerbsprojekte am 14. Juni 1980.

Auf Grund geänderter Nutzungsabsichten des Grundeigentümers, der Österreichischen Bundesbahnen, soll für einen Teilbereich des Nordbahnhof-Geländes der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan neu festgesetzt werden. Da eine künftige Bebauung das Stadtbild und die Stadtstruktur wesentlich bestimmen wird, wurde als zusätzliche Entscheidungshilfe für die Berücksichtigung öffentlicher Interessen von der Abteilung im Juni 1979 ein „Städtebaulicher Ideenwettbewerb für einen Teilbereich des Nordbahnhof-Geländes“ ausgeschrieben. Die Wettbewerbsaufgabe besteht darin, stadtgestalterische Zielsetzungen für das Wettbewerbsgebiet zu erarbeiten; insbesondere ist die Einfügung in die räumliche Abfolge der städtebaulichen Achse Praterstraße — Praterstern — Lassallestraße — Reichsbrücke zu beachten. Davon sind die der Standorteignung entsprechende multifunktionelle Nutzung sowie die grundsätzliche Baumassengliederung unter Berücksichtigung aufgezeigter Randbedingungen und unter Abwägung der möglichen Ziele und Anforderungen abzuleiten. Die Laufzeit des Wettbewerbes begann am 4. Oktober 1979 mit der Einschreibung der Teilnehmer und endete mit der Abgabe der Wettbewerbsprojekte am 28. Jänner 1980.

Durch die Übernahme der gesamten Adressen aus der Wählerevidenz der Magistratsabteilung 62 und durch die damit verbundene tägliche Fortschreibung der Daten sowie durch die Aktualisierung des Standes mit einem im Jahre 1979 durchgeführten Bildflug wurde im Rahmen des EDV-Projektes „Räumliches Bezugssystem Wien“<sup>1)</sup> mit der Vorbereitung der Großzählung, der Volks-, Häuser-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1981 begonnen. Das „Räumliche Bezugssystem Wien“, mit dem ein für den EDV-unterstützten Verwaltungsvollzug geeignetes Bezugssystem geschaffen wurde, ermöglicht eine EDV-gerechte Vorbereitung der Großzählung 1981. Dabei wurde nach den Bildflugauswertungen der Magistratsabteilung 41 eine weitere Gliederung des Stadtgebietes in neue Blöcke, Zählgebiete und Zählbezirke durchgeführt. Es sind nunmehr 250 Zählbezirke, die ihrerseits in 1.364 Zählgebiete gegliedert sind, vorhanden. Für die Überarbeitung und Verbesserung des gesamten Adreßmaterials waren eine Personalaufstockung, der Einsatz von zusätzlichen Bildschirmgeräten sowie die Beauftragung von Zivilingenieuren erforderlich.

In Zusammenarbeit mit den Magistratsabteilungen 18 und 41 wurde ein generalisierter Flächenwidmungs- und Bebauungsplan im Maßstab 1 : 10.000 ausgearbeitet, der nach seiner Digitalisierung und Gegenüberstellung mit den aus dem Bildflug 1979 gewonnenen Nutzungseinheiten eine erste Bilanzierung zwischen Widmung und Nutzung ermöglichen wird.

Unter den im Jahre 1979 an den Gemeinderat oder an die örtliche zuständige Bezirksvertretung gestellten 42 Anträgen um Abänderung oder Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes waren 12 Anträge, bei denen auch Schutzzonen gemäß § 7 (1) der Bauordnung für Wien festgesetzt wurden, und 7 Anträge, die die Verhängung der Bausperre beziehungsweise deren zeitgerechte Verlängerung zum Inhalt hatten.

Für die von der Magistratsabteilung 7 im Wege des Gemeinderatsausschusses für Kultur und Bürgerdienst verfürgten Neubenennungen oder Umbenennungen von Verkehrsflächen wurden 57 Ansuchen behandelt, von denen 33 einer amtlichen Benennung zugeführt werden konnten.

Dem Fachbeirat für Stadtplanung konnten in 8 Sitzungen 45 Entwürfe vorgelegt werden, die entweder Abän-

<sup>1)</sup> Räumliches Bezugssystem Wien: Unterteilung des Stadtgebietes in statistische Einheiten (Straßenabschnitte, Baublöcke, Zählgebiete und Zählbezirke). Auf Einzeladressen bezogene Daten aus Großzählungen oder dem Verwaltungsvollzug können damit in aggregierter Form zu Entscheidungshilfen herangezogen werden.



derungen oder Aufhebungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes oder die Verhängung einer zeitlich begrenzten Bausperre zum Ziele hatten.

Der Abteilung wurden 3.212 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen von den Magistratsabteilungen 36 und 37 zur Behandlung zugeleitet. 584 Ansuchen und Anfragen von Privaten und von Dienststellen, die den Flächenwidmungsplan und den Bebauungsplan betrafen, wurden untersucht und erledigt.

Auf Grund des Wohnungsverbesserungsgesetzes waren 16.264 Ansuchen von Hauseigentümern und Mietern zu bearbeiten und an die Magistratsabteilung 50 weiterzuleiten. Schließlich nahmen Vertreter der Abteilung an 393 Bauverhandlungen als Amtssachverständige teil.

## Baubehörde

(Allgemeine Baupolizeiangelegenheiten und Bau-, Feuer- und Gewerbe Polizei)

Im Jahre 1979 ist eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen in Kraft getreten, von denen die Baubehörde einen Teil selbst handzuhaben hat. Zum anderen ist es notwendig, daß die Vertreter der Baubehörde bei der Ausübung ihrer Tätigkeit davon in Kenntnis ist.

### Bundesgesetzliche Regelungen:

Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 19. Dezember 1978, mit der die Verordnung betreffend Werkstoff- und Bauvorschriften für die Herstellung von Dampfkesseln geändert wird; BGBl. Nr. 67/1979.

Bundesgesetz vom 22. Februar 1979, mit dem das Glücksspielgesetz geändert wird; BGBl. Nr. 98/1979.

Bundesgesetz vom 7. März 1979 über die Aufarbeitung von Altölen (Altölgesetz); BGBl. Nr. 138/1979.

Bundesgesetz vom 8. März 1979 über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen (Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz — WGG); BGBl. Nr. 139/1979.

Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 14. Mai 1979, mit der die 1. und 2. Durchführungsverordnung zum Elektrotechnikgesetz geändert werden (8. Durchführungsverordnung zum Elektrotechnikgesetz); BGBl. Nr. 254/1979.

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 26. Mai 1979 über den Denkmalbeitrag; BGBl. Nr. 328/1979.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 11. Juli 1979 über die Kennzeichnung von Kunststoffrohren; BGBl. Nr. 337/1979.

Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 12. Juli 1979 über wohnbaustatistische Erhebungen (Wohnbaustatistik-Verordnung 1980); BGBl. Nr. 342/1979.

### Landesgesetzliche Regelungen:

Gesetz vom 12. Dezember 1978 über die Schaffung von Kleingärten (Wiener Kleingartengesetz); LGBl. für Wien Nr. 3/1979.

Gesetz vom 25. Juli 1979, mit der in Durchführung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 die angemessenen Gesamtbaukosten je Quadratmeter und die normale Ausstattung der geförderten Baulichkeiten neu festgelegt werden; LGBl. für Wien Nr. 22/1979.

Verordnung der Landesregierung vom 8. August 1979, mit der eine Geschäftsordnung für den Fachbeirat für Stadtplanung erlassen wird; LGBl. für Wien Nr. 24/1979.

Gesetz vom 29. Oktober 1979, mit dem das Gesetz über die Festsetzung des Ausmaßes von Verwaltungsabgaben im Bereich des Landes und der Gemeinde Wien und die Einhebung von Amtstaxen im Verfahren nach den Wiener Landes- und Gemeindeabgabengesetzen geändert wird; LGBl. für Wien Nr. 33/1979.

Verordnung der Wiener Landesregierung vom 5. Dezember 1979 über Verwaltungsabgaben, Kommissionsgebühren und Überwachungsgebühren; LGBl. für Wien Nr. 38/1979.

Gesetz vom 31. Dezember 1979 betreffend die Verordnung zur Durchführung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968, Festsetzung näherer Bestimmungen über die Gewährung von Darlehen anstelle von Eigenmitteln; LGBl. für Wien Nr. 40/1979.

Um eine einheitliche Vorgangsweise bei der Beurteilung baubehördlicher Problemstellungen zu gewährleisten, wurden seitens des Gruppenleiters hinsichtlich der Magistratsabteilungen 35, 36, 37 und 39 Dienstweisungen erlassen, die ebenso bei der Ausübung der Tätigkeit zu beachten sind:

MD BD — 87/79 vom 18. Jänner 1979; Begriffsbestimmung des Gebäudes.

MD BD — 732/77 vom 18. Jänner 1979; Richtlinien für die Beurteilung von Verkaufsstätten.

MD BD — 294/79 vom 23. März 1979; Zustimmung der Miteigentümer (Wohnungseigentum) im Bauverfahren.

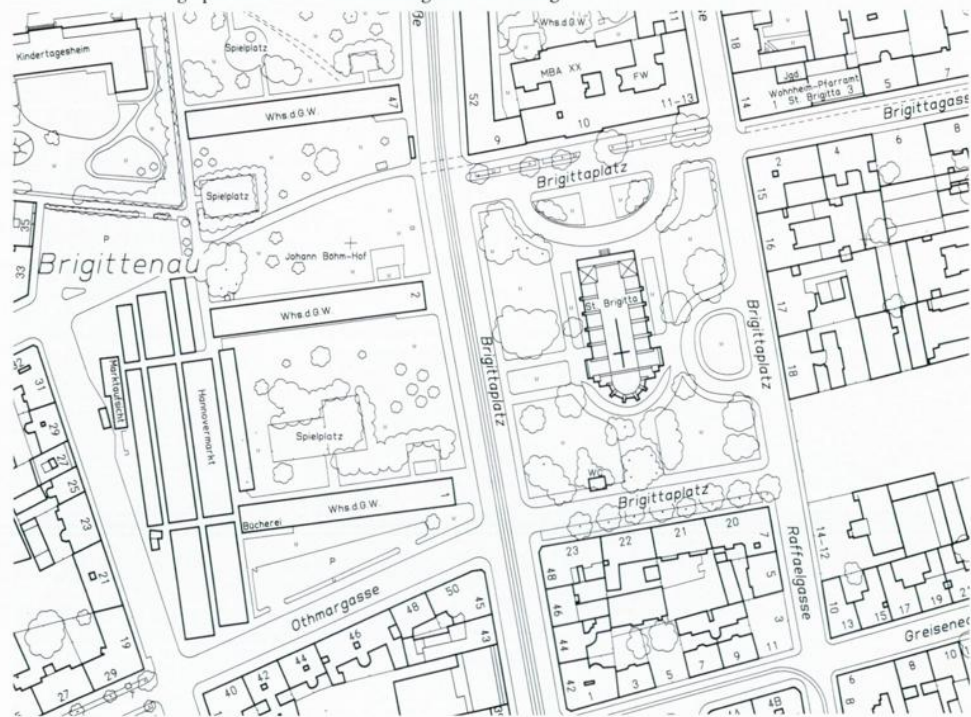




Amtsführender Stadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Wurzer (Stadtplanung) bei der Eröffnung der Ausstellung „Wien an die Donau – Planung und Gestaltung des Donaubeereichs“ im Wiener Messepalast

### Stadtplanung

Verkleinerter Ausschnitt aus einem Computerkartenblatt 1 : 2.000. In Zusammenarbeit von MD—ADV (Rechenzentrum) und MA 41 (Stadtvermessung) ist es gelungen, den Herstellungsprozess der Wiener Stadtkarte durch neue Methoden und Geräte der graphischen Datenverarbeitung zu beschleunigen







Die neue Parkanlage im 7. Bezirk, Burggasse 78—80

Stadtgartenamt

Bäder

Das Höpflerbad im 23. Bezirk, Endresstraße 24, wurde in zweijähriger Bauzeit neu errichtet





MD BD — 685/77 vom 3. Mai 1979; Überprüfung von Warenhäusern.  
MD BD — 365/79 vom 30. April 1979; Auslegung des Wiener Kleingartengesetzes.  
MD BD — 377/79 vom 14. Mai 1979; Bestätigungen für Bauvorhaben, die nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 gefördert werden sollen.  
MD BD — 445/79 vom 26. Juni 1979; Einstellen von mit Flüssiggas betriebenen Kfz in Garagen.  
MD BD — 458/79 vom 11. Juni 1979; Zuziehung der Fachdienststelle bezüglich der Sammlung von Abfallstoffen.  
MD BD — 523/79 vom 26. Juli 1979; Aufstellen von Normstahlgeräthäusern in Kleingärten.  
MD BD — 602/79 vom 21. August 1979; zeichnerische Darstellung der Ansichten bestehender Gebäude in Schutzzonen.

MD BD — 615/79 vom 27. August 1979; Rettung von Menschen durch Fenster.  
MD BD — 591/79 vom 22. August 1979; Bescheinigung nach dem Wohnungseigentumsgesetz.  
Im Zusammenhang mit der Aufzählung aller jener gesetzlichen Regelungen, die im Jahre 1979 zu den bisherigen dazugekommen sind, wird darauf hingewiesen, daß bei der Tätigkeit der Baubehörde aber auch eine Vielzahl von ÖNORMEN, ÖVE-Vorschriften und dergleichen zu beachten ist, die als Grundlagen dafür herangezogen werden können, wenn Nachweise nach den Regeln der Technik zu überprüfen oder selbst zu führen sind. Aber auch diese Normen fallen in verstärktem Umfang an. So ist eine beachtliche Zahl von Mitarbeitern in verschiedenen Fachnormenausschüssen des Österreichischen Normungsinstitutes mittätig beziehungsweise führt den Vorsitz in solchen Ausschüssen.

Die Erarbeitung neuer gesetzlicher Bestimmungen und die Überarbeitung bisheriger Gesetze und Verordnungen waren auch im Jahre 1979 weiterzuführen beziehungsweise in Angriff zu nehmen. Hiezu gehören die Erarbeitung einer Hochhausverordnung — konnte, von technischer Seite gesehen, abgeschlossen werden —, der Verordnungen für die Rauch- und Abgasfänge, Abluftfänge, Zuluftschläuche und Luftleitungsanlagen, ferner Arbeiten an einer von Bundesseite geplanten Novellierung der Gewerbeordnung hinsichtlich der Herausgabe einer Verordnung als Ersatz für die Reichsgaragenordnung, wodurch eine Novellierung des Wiener Garagengesetzes erforderlich wurde. Mit den voraussichtlich sehr zeitaufwendigen Besprechungen, betreffend die Schaffung eines neuen Gesetzes über die Lagerung brennbarer Flüssigkeiten, wurde begonnen. Dieses Gesetz soll alle einschlägigen Vorschriften, wie die Bestimmungen über die Tankstellen im Wiener Garagengesetz und das Wiener Ölfeuerungsgesetz, ersetzen.

Verschiedene Vorkommnisse in der letzten Zeit, die sehr wesentlich die Belange der Sicherheit sowie allgemein Fragen nach der optimalsten Ausschließung der Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit von Menschen berühren, erfordern seitens der Baubehörde erhöhte Aktivitäten in einigen Bereichen. Vorerst waren es die Fortführung der Überprüfung aller jener Hochhäuser, die vor dem Jahre 1969 bewilligt beziehungsweise errichtet wurden, und die Veranlassung Maßnahmen zu setzen, die zur Verbesserung des Brandschutzes beitragen. Die Maßnahmen im Bereich des Brandschutzes sind jedoch auch auf andere Objekte und Anlagen auszudehnen, was im Rahmen der besonderen Feuerbeschau für alle nicht der Gewerbeordnung unterliegenden Betriebe erfolgen muß. Ein sehr wesentlicher Beitrag waren die für die künftige Vorgangsweise bei der Überprüfung von Beherbergungsstätten (Hotels, Pensionen, Fremdenheime und dergleichen) erfolgten sehr umfangreichen Vorarbeiten, die schon konkrete Formen angenommen haben und im kommenden Jahr zu Ende geführt werden müssen. Ad hoc durchgeführte Überprüfungen in Warenhäusern, Supermärkten und ähnlichen Anlagen durch rechtzeitiges Aufzeigen von oft sehr beträchtlichen Mißständen waren ein sehr bedeutender Beitrag zur Sicherheit der Bevölkerung. Durch Anordnung von Sofortmaßnahmen sowie durch Stellung von Strafanträgen bei den Magistratischen Bezirksämtern kann in diesen Fällen Abhilfe geschaffen werden. Diese Aktionen werden jedenfalls fortgesetzt.

Auf dem Veranstaltungssektor wurden verstärkt Aktivitäten gesetzt, da auch hier Belange der Sicherheit in erhöhtem Maße zu berücksichtigen waren und weiterhin notwendig sind. Die Anzahl der Kleintheater hat durch die Wiederinbetriebnahme des „Theaters beim Auersperg“ in 8, Auerspergstraße 17, und des „Internationalen Theaters“ in 9, Porzellangasse 8, zugenommen. Neben der Abnahme von 243 Generalproben und Programmüberprüfungen in allen Theatern wurden außerdem noch 309 Überprüfungen in anderen Veranstaltungsstätten vorgenommen. Zur besseren Koordinierung der zu ergreifenden sicherheitstechnischen Maßnahmen in allen Veranstaltungsstätten wurde eine aus Vertretern der Kammer, der Theaterdirektoren und der Behörde bestehende Kommission gebildet, die auch künftighin halbjährlich zusammentreten wird.

Die Fertigstellung einer großen Anzahl bedeutender Bauvorhaben im Jahre 1979 erforderte in verschiedenen Bereichen der baubehördlichen Tätigkeiten die sehr wesentliche Mitarbeit aller Bediensteten. Im August wurde das Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien (IAKW) seiner Bestimmung übergeben. Vor der Übergabe waren zahlreiche Besprechungen und Kontrolltätigkeiten erforderlich, da die Benützungsbewilligung für das gesamte Objekt zu erteilen war.

Im November wurde ein weiteres Teilstück der U-Bahn (Linie U 1) vom Stephansplatz bis Nestroyplatz seiner Bestimmung übergeben. Der Umbau der Stadtbahn auf U-Bahn-Betrieb im Bereich Karlsplatz bis Hüttel-



dorf sowie die Errichtung der Station Thaliastraße der Stadtbahn und des Unterwerkes Michelbeuern wurden fortgesetzt. Fertiggestellt und in Betrieb genommen wurden die Station Burggasse der Stadtbahn und das Unterwerk Goldschlagstraße sowie die vom Westbahnhof bis Alt Erlaa führende Straßenbahnlinie 64. Weitere Großbauvorhaben, die auch seitens der Behördenvertreter einen intensiven Einsatz erfordern, sind die Bauten auf dem Gelände des Franz Josefs-Bahnhofes für die Wirtschaftsuniversität und Zoologie, der Donaudüker, die Fortsetzung der Wohnbauvorhaben im Wohnpark Alt Erlaa sowie die großen Wohnhausanlagen „Wiener Flur“ und „Neilreichgasse“. Bei diesen Großbauvorhaben war eine große Anzahl statischer Berechnungen zu kontrollieren und mußten laufend Überprüfungen der Baukonstruktionen vorgenommen werden.

Auf Grund des Erfordernisses, in Hinkunft Baustoffe und Bauteile einzusetzen, die einem erhöhten Wärmeschutz Rechnung tragen, waren vermehrt Anträge um Zulassung entsprechender Baustoffe beziehungsweise Bauteile zu bearbeiten. Die Bearbeitung solcher Zulassungen, aber auch die Beratung über Fragen des Wärmeschutzes haben eine Ausweitung dieses Aufgabenbereiches gebracht.

In Gesprächen mit Vertretern aller Bundesländer wurde die Erarbeitung von Vereinbarungen nach Art. 15 a BVG über das Energiesparen und über die Herausgabe von Richtlinien für das Bauwesen in allen Bundesländern abgeschlossen.

Zum Thema der Anerkennung oder Verbindlicherklärung von ÖNORMEN wurde zur Klarstellung ein Katalog von ÖNORMEN aufgestellt, die einer Anerkennung durch den Magistrat der Stadt Wien zugeführt werden können. Zweck einer Anerkennung ist es, daß beim Vorgehen nach solchen ÖNORMEN kein weiterer Nachweis erforderlich ist. Die Verbindlicherklärung von ÖNORMEN wird möglichst vermieden, da solche ÖNORMEN „Gesetzcharakter“ haben und es somit unzulässig ist, eine andere Ausführung zu wählen, als die, die in einer solchen ÖNORM festgelegt ist.

Die im Magistrat intensivierete Tätigkeit auf dem Gebiet der Koordinierung von Maßnahmen im Straßenbereich führte zu einer Mehrleistung in der für die Handhabung des Gebrauchsabgabegesetzes zuständigen Dienststelle. Die EDV-mäßigen Maßnahmen im Straßenbereich sollen im kommenden Jahr abgeschlossen werden. Weiters führte eine große Anzahl von Ansuchen für Kleinwerbeträger zu einem erhöhten Arbeitsaufwand. Ferner wurden Anträge für die Aufstellung von rund 250 Litfaßsäulen sowie von 523 Dreieckständern als Fahrhinweise während der Messezeit behandelt und diese angebracht.

Auf dem Gebiet der Bekämpfung des wilden Bauens wurde die Überwachungstätigkeit in den Stadtrandgebieten fortgesetzt. Die auch an Samstagen und Sonntagen durchgeführten Überprüfungen können als erfolgreich bezeichnet werden und sind ein sehr wesentlicher Beitrag, um Überschreitungen gesetzlicher Bestimmungen im Stadtgebiet schon im Anfangsstadium festzustellen und zu verhindern.

Auf Grund der ständigen Zunahme der Zahl der Dienststücke wurde mit der Einführung der automatischen Textverarbeitung im Bereich der Baubehörde in Form eines Pilot-Projektes begonnen. Damit die befaßten Bediensteten die für sie neuen Aufgaben bewältigen können, waren erste diesbezügliche Einschulungen notwendig. Die Mitarbeit einzelner Bediensteter am Aufbau von Textbausteinen für die Programmierung des Gerätes hat sich als notwendig erwiesen. Durch die Einführung der automatischen Textverarbeitung soll nicht nur eine Erleichterung für die Mitarbeiter eintreten, sondern es wird dadurch auch eine raschere Erledigung von Dienststücken ermöglicht und eine Verbesserung der Dienstleistung für die Bevölkerung erreicht werden.

Im Zuge der Optimierung der baubehördlichen Dienststellen wurde die Entwicklung neuer Schreibhilfen und Drucksorten fortgesetzt. Durch die Auflage der Formulare „Bauansuchen“ und „Prüfungsbogen“ soll den Bauwerbern die Möglichkeit gegeben werden, schon im vornherein alle die Fragen zu beantworten, deren Kenntnis zur Beurteilung eines Bauvorhabens unbedingt erforderlich sind. Dadurch soll eine Beschleunigung des Bauverfahrens erreicht werden.

## Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

Die Aufgaben der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien umfassen gemäß der Geschäftsordnung nicht nur sämtliche Gebiete des Bauwesens, für das alle Grundstoffe auf ihre Eigenschaften sowie die Halbfabrikate und Fertigteile auf die Einhaltung der betreffenden Vorschriften, wie Bauordnung, Normen oder Ausschreibungen, untersucht werden, sondern betreffen auch in den letzten Jahren in verstärktem Maße den Umweltschutz. Auf diesem Gebiet werden direkte Verfahren angewendet bei Wasseruntersuchungen, bei Luftmeßtechnik betreffend sowohl Immissionen als auch Emissionen, bei Lärmmessungen und Giftbeseitigung, aber auch indirekte durch die Beobachtung von Bioindikatoren. Darüber hinaus werden Begutachtungen sowohl auf private Anforderung durchgeführt als auch in der Eigenschaft als Amtssachverständige.

Die Abteilung wird in zahlreichen Fällen, auch in solchen, in denen die Stadt Wien nicht direkt beteiligt ist, herangezogen. Es gelang nicht nur die im Jahre 1978 bilanzierten Einnahmen von 18 Millionen Schilling (1977: 15 Millionen Schilling) abermals zu erreichen, sondern auch durch weitere neue Aufträge auf 20 Millionen Schilling zu steigern.



Das Jahr 1979 war insofern durch ein besonders markantes Ereignis gekennzeichnet, als die Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien das 100jährige Gründungsjubiläum feierte. Diesem Umstand — die Stadt Wien hat 1879 die erste Prüfanstalt für Materialien in Österreich in Betrieb genommen, die Technische Hochschule und das Technologische Gewerbemuseum folgten erst später — wurde durch einen Festakt im Rathaus und einen „Tag der offenen Tür“ in der Prüfanstalt Rechnung getragen. Bei der Feierstunde würdigten Bürgermeister Leopold Gratz und der Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtplanung Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Wurzer die Tätigkeiten und Aktivitäten der Abteilung vor den zahlreich erschienenen prominenten Gästen aus Wissenschaft, Industrie und Verwaltung. An diesem Tag, dem 22. Mai 1979, erschien außerdem eine Festschrift mit einem Umfang von 140 Seiten, in der zahlreiche wissenschaftliche Beiträge der Mitarbeiter der Versuchs- und Forschungsanstalt sowie anerkannter Fachleute an befreundeten Instituten veröffentlicht worden sind; es wurde außerdem eine Erinnerungsmedaille aufgelegt. Die Durchführung der hiezu nötigen Vorbereitungen und die Gestaltung wurden größtenteils von Mitarbeitern der Abteilung durchgeführt.

Am Tag der offenen Tür konnten zahlreiche bedeutende Gäste, an der Spitze Bundesminister Dr. Hertha Firnberg, mit den Baulichkeiten und Einrichtungen der Versuchs- und Forschungsanstalt bekannt gemacht werden, aber auch die Bevölkerung aus der Umgebung zeigte großes Interesse. Insgesamt wurden etwa 400 Besucher registriert.

Im Sommer 1979 wurde mit dem Bau des 4. Teiles der Institutsgebäude begonnen, der die Lücke zwischen dem bestehenden Teil des Hauptgebäudes an der Rinnböckstraße und den angrenzenden Wohnhäusern schließt. Der Baufortschritt war zufriedenstellend, zu Jahresende wurde das zweite Obergeschoß im Rohbau fertiggestellt. Der im Jahre 1978 beendete Bau der Brandversuchshalle fand 1979 insofern eine Fortsetzung, als eine Nachverbrennungsanlage für die entstehenden Rauchgase eingebaut sowie an der Komplettierung der Versuchseinrichtungen gearbeitet wurde; insbesondere konnte die hydraulische Anlage, die eine statische Belastung der im Brandversuch befindlichen Prüflinge erlaubt, weitergeführt und im wesentlichen beendet werden. Somit ist es möglich, Wände einem wirklichkeitsnahen Brandversuch zu unterziehen, bei dem die Last der Obergeschosse simuliert werden kann.

Im physikalischen Labor, zu dem die Brandversuchseinrichtungen gehören, wurden 1979 viele Bodenbeläge sowie Türen und Trennwände für das Allgemeine Krankenhaus auf ihr Brandverhalten untersucht. Auf Grund der neuen Gesetzeslage, nach der Einrichtungen zur Einsparung von Energie gefördert werden, wurde eine größere Anzahl von Fertighäusern in schall- und wärmetechnischer Hinsicht beurteilt; so nahm die Probenanzahl für Wasserdampfdiffusionsprüfungen zu.

Für den U-Bahn-Bau führte die Physik im 22. Bezirk Erschütterungs- und Lärmmessungen durch. Hinsichtlich des Verkehrslärms wurden Meßprogramme an der Südost-Tangente sowie an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in der Lisztstraße vorgenommen, wobei letzteres für das neue Verkehrskonzept der B 1 notwendig war. Für dieses Projekt B 1 war auch das chemische Laboratorium tätig, das zwischen dem Schwarzenbergplatz und der Ungarbrücke für die Magistratsabteilung 18 Messungen der verkehrsbedingten Abgase, vor allem von CO, durchführte. Gleichgeartete Untersuchungen liefen gemeinsam mit der Magistratsabteilung 22 am Innenring. Der Bericht über das Assanierungsgebiet Ulrichsberg zwischen Neustiftgasse und Burggasse, der die Kennwerte SO<sub>2</sub>, CO und Staub umfaßte, wurde abgeschlossen und der erste Teilbericht über die Erhebung der Grundbelastung (Luftschadstoffe SO<sub>2</sub>) den Entsorgungsbetrieben Simmering geliefert. Für diesen Betrieb wurde auch intensiv an Klärschlammversuchen gearbeitet.

In das Gebiet Umweltschutz fällt auch die durchgeführte Optimierung der Trockenabgaswäsche der Müllverbrennungsanlage 1 Flötzersteig. Dadurch war es möglich, daß der Anteil der schädlichen gasförmigen Stoffe, speziell Chlorid, wesentlich unter den Grenzwert von 100 mg Cl/Nm<sup>3</sup> gebracht werden konnte.

Weitergeführt wurden die Wasseruntersuchungen der Nußdorfer Brunnen I, II und der Donau bei Nußdorf sowie der Lobaubrunnen für die Magistratsabteilungen 31 und 15. Gegen Jahresende liefen die Ozonmessungen in der Filteranlage Nußdorf, Versuchsanlage B, an. Die neu angeschaffte Anlage für Röntgenfluoreszenzanalysen (RFA) konnte in Betrieb genommen werden, die Analysen sowohl qualitativer als auch quantitativer Art rationalisieren wird und darüber hinaus neue Wege für die Werkstoffchemie erschließt.

Dem mechanischen Labor erwachsen durch zahlreiche Prüfanträge über Wärmedämmsysteme neue Aufgaben. Für die Untersuchung dieser Produkte gab es keine Richtlinien im In- und Ausland, so daß solche Prüfkriterien erst erarbeitet werden mußten. Besonderes Interesse gilt diesen Systemen auch deshalb, weil sie einer Zulassung durch die Baupolizei bedürfen und die Anforderungen gemeinsam mit der Magistratsabteilung 35 abzuklären waren. In der großen Prüfhalle wurden erstmals in Österreich Geschoßdecken mit einer Kantenlänge von 4 m elastisch gebettet einer Gleichlast unterzogen. Diese Belastung wurde durch 16 Lasteintragungspunkte über zahlreiche Verteilsysteme simuliert.

Seit Februar 1979 ist in der Versuchsanstalt ein Mathematiker tätig. Sein Aufgabengebiet umfaßt die Auswertung der von den Geräten der einzelnen Laboratorien anfallenden Meßdaten in statistischer Form sowie die Berechnung von Trends. Darüber hinaus steht er allen Unterabteilungen für die Lösung mathematischer Probleme



bei wissenschaftlichen Aufgaben zur Verfügung; ihm obliegt außerdem die Betreuung bestimmter physikalischer Auswertegeräte.

Im biologischen Laboratorium wurde an den bereits laufenden Langzeituntersuchungen weitergearbeitet, und zwar am UNESCO-MAB-Forschungsprojekt; das sind limnologische Forschungen an den Gewässern der unteren Lobau; ferner am Forschungsprojekt über die limnologische Entwicklung des Entlastungsgerinnes im Rahmen der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Donauforschung (IAD) und an Untersuchungen über die Belastungszustände von Donau und Donaukanal (gemeinsam mit dem chemischen Labor). Fortgesetzt wurden schließlich die Untersuchungen der Qualität von Landwirtschaftsprodukten, die Bodenuntersuchungen an landwirtschaftlichen Anbauflächen und die Untersuchungen über Vegetationsschäden in Wien. Der Wasserbericht Wien, der über den Zustand aller Gewässer Wiens Auskunft gibt, wurde gemeinsam mit der Magistratsabteilung 22 ausgearbeitet. Durch das Vorbereiten von Forschungsarbeiten wurden schließlich zur Gründung einer Forschungsstelle für biologischen Landbau wesentliche Vorarbeiten geleistet.

## Stadtvermessung

Die Arbeitslage im Bereich der Stadtvermessung ist im Jahre 1979 mit 6.264 Dienststücken in der Anzahl fast unverändert geblieben. Trotz Einsparung eines Akademikerpostens konnten 5.097 Geschäftsfälle abgeschlossen werden. Mit dieser Zahl sind jedoch weitere umfangreiche Leistungen der Dienststelle auf den Großbaustellen, wie Autobahn- und U-Bahn-Bau, die Archivtätigkeit und weite Bereiche der Luftbilddauswertung und Kartographie, nicht ausgedrückt.

In der Gesetzgebung ist das Wiener Kleingartengesetz seit Jänner 1979 wirksam geworden und hat für die Herstellung der Grundbuchordnung zur Schaffung von Kleingartenlosen durch Teilungspläne große Erleichterungen gebracht, wodurch den Losbesitzern definitive Baubewilligungen erteilt werden konnten. Weniger günstig wirken sich die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes aus, da in Belangen des Vermessungswesens und der Grundbuchseinsichtnahme, der Adressenerhebungen usw. Behinderungen und Erschwernisse entstanden sind, die konträr zum Sinn der öffentlichen Bücher und Katastereinrichtungen stehen. Auf Länderebene, bei den sogenannten Expertenkonferenzen, die von der Verbindungsstelle der Bundesländer periodisch einberufen werden, wurden tarifliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der GOV (Gebührenordnung für Vermessungswesen) beraten und ein eigenes Standardleistungsverzeichnis (SLVerm) für Vermessungsarbeiten an Straßen und Wegen entwickelt, das von der Bundesingenieurkammer bereits anerkannt wurde. Ein weiteres Tarifwerk für Teilungspläne in allen übrigen Bereichen ist in Vorbereitung. In diesem Gremium wird auf Vorschlag der Landesbaudirektorenkonferenz auch über technische und gesetzgeberische Maßnahmen zur Anlage eines bundesweiten Leistungskatasters beraten.

Um die reibungslose Zusammenarbeit mit dem Bundesvermessungsdienst zu gewährleisten, werden Kontakte mit dem Präsidium des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen gepflegt und die Tagesordnung für derartige Arbeitsgespräche vorbereitet, dabei auch die Novellierungswünsche hinsichtlich Vermessungsgesetz und Vermessungsordnung gesammelt und verarbeitet.

Neuerungen gibt es durch die Einrichtung der Grundstücksdatenbank und die angeschlossenen Terminals bei den Vermessungsämtern im Wiener Einzugsbereich. Der Wiener Stadtvermessung wurde vom Bundesvermessungsdienst Gelegenheit gegeben, in Kontaktgesprächen bei der Entwicklung von EDV-Ausdrucksformularen und dergleichen mitzuwirken, so daß nach Anfangsschwierigkeiten ein Fortschritt gegenüber der vorherigen Methode der Abschriften aus verschiedenen technischen Verzeichnissen gegeben ist. Als ganz große Neuerung konnte vom Planungsstadtrat das erste vollautomatisch gezeichnete Stadtkartenblatt, das in Zusammenarbeit zwischen Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung und den Gruppen Luftbilddauswertung und Kartographie der Stadtvermessung produziert wurde, gegen Jahresende der Presse präsentiert werden.

In der allgemein fachlichen Tätigkeit der Stadtvermessung hatte die Herstellung von Projektgrundlagen für Straßenbau und Wohnbau wesentlich höhere Anforderungen gestellt. Insgesamt wurden 172 Lage- und Höhenpläne hergestellt, 54 mit eigenem Personal. Weiters wurden in 67 Fällen umfangreiche Absteckungsarbeiten ausgeführt. Bei diesen ingenieurgeodätischen Aufgaben sind die Arbeiten für Planungsgrundlagen zum Bau der U 3 und der U 6 in verschiedenen Teilabschnitten besonders hervorzuheben. Für den Wettbewerb „Wienerberg-Gründe“, für das Betriebsbaugelände „Gelbe Haide“, die Draschegründe und die Hauptkläranlage Kaiser-Ebersdorf wurden die Planunterlagen geliefert. In diesen Aufgabenbereich fallen auch die Sondermessungen im Gebiet des Flugfeldes Aspern bei den Aufschließungsarbeiten für das geplante Motorenwerk. Dabei war ein großer Landwirtschaftsbetrieb abzusiedeln; die Flächen und Grenzen der Ersatzgründe in der Lobau wurden von Technikern der Stadtvermessung vermessen und berechnet.

Nach wie vor werden die Großbaustellen der Stadt Wien, seien es Brücken, Autobahntrassen, Schnellstraßen oder U-Bahn-Linien, von den Ingenieuren und Technikern der Stadtvermessung ingenieurgeodätisch betreut und die notwendigen Absteckungen und Sicherungskontrollmessungen durchgeführt. Unter



anderem waren es die A 22 — Donauuferautobahn, Bauabschnitt Nord, der Bereich der S 2 — B 3 Prager Straße — Brünner Straße, die A 4 im Abschnitt Kaiser-Ebersdorf, die Baustelle der Reichsbrücke, das Projekt der 5. Donaubrücke und die Arbeiten in den verschiedenen Abschnitten der U 1 zwischen Praterstern und Kagran. Für den 7. Bauabschnitt der U 4 waren zwischen Franz Josefs-Kai und Rosbauer Lände besonders zahlreiche Absteckungsarbeiten durchzuführen. Entlang der Trasse der 3. Wasserleitung wurden Festpunkte geschaffen, Absteckungen vorgenommen, Grenzen wiederhergestellt und zahlreiche Kontrollmessungen getätigt. Im gesamten Arbeitsgebiet der Ingenieurgeodäsie bewährte sich die Ausrüstung der Maßpartien mit modernen Distanzern, Theodoliten und programmierbaren Taschenrechnern, die es ermöglichen, daß die Absteckdaten an Ort und Stelle den momentanen Erfordernissen im Baustellenbereich angepaßt werden können. Im Innendienst leistet nach wie vor das Terminal zur Großrechenanlage gute Dienste für die rechnerische Auswertung umfangreicher Vermessungsdaten. Dasselbe gilt für die automatische Kartierung der Koordinatenwerte der Geländepunkte bei der Vermessung von Lage- und Abteilungsplänen.

Auf dem Gebiet der liegenschaftstechnischen Vermessungsarbeiten sind 1.236 neue Dienststücke angefallen, davon betrafen 372 umfangreiche Grundteilungen und Grenzvermessungen, die zur Verfassung von Urkundenplänen führten. Dieser Bereich ist besonders arbeitsintensiv, da mit der Planlieferung erst das Genehmigungsverfahren beginnt, das durch eine Reihe von Magistratesdienststellen führt, die Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen voraussetzt, die Zustimmung der Grundnachbarn eingeholt werden muß und nach der Beschaffung der Bescheinigung vom Bundesvermessungsdienst bei der Verbücherung im Grundbuch endet. In allen Phasen dieses langwierigen Vorganges ist die Stadtvermessung als federführende Abteilung bemüht, durch direkte Kontakte und regelmäßige Arbeitsgespräche mit den befaßten Dienststellen den Ablauf zu beschleunigen und Hindernisse zu beseitigen. Ist doch zum Beispiel die Bauplatzschaffung im Abteilungsverfahren ein Erfordernis für die Erteilung der Baugenehmigung oder der genehmigte Teilungsplan meist Voraussetzung zur Durchführung von Transaktionen für die Beschaffung von Fremdgründen, sei es im Straßenbau oder bei anderen Projekten.

Zur Herstellung der Grundbuchordnung gelangten von den großen Wohnhausanlagen im Jahre 1979 die Per Albin Hansson-Siedlung Ost, die verbauten Trabrennvereinsgründe, die Wohnhausanlagen Mitterhofergasse, Aderklaaer Straße und die ersten Bauteile im Wohngebiet „Am Schöpfwerk“. Für die Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft wurden weitere Industrieauplätze im Bereich der Draschegründe geschaffen. Bestehende Kleingartenanlagen wurden nach dem Kleingartengesetz vermessen und grundbuchstechnisch durch Schaffung von verbücherungsfähigen Losen saniert. Neuanlagen wie Thayagasse—Ruthnergasse wurden auf Kleingartenlose parzelliert.

Für den U-Bahn-Bau, für verschiedene Bundesstraßen im Stadtbereich und für die Wasserleitungstrassen außerhalb Wiens wurden Teilungspläne und Servitutpläne verfaßt und umfangreiche Grenzfeststellungen und Vermarkungen vorwiegend mit Dienststellenangehörigen durchgeführt. Einen großen Arbeitsaufwand brachten die rund 800 Fälle von Zustimmungserklärungen. In diesem Fall handelt es sich um gemeinsame Grenzen zwischen Grundstücken der Stadt Wien und privaten Anrainergrundstücken, für die Teilungspläne in privatem Auftrag verfaßt wurden.

Technisch und geländemäßig schwierige Grenzvermessungen konnten für die Schneebergbahntrasse zum Abschluß gebracht werden. Auch in anderen Quellschutzgebieten wurden Grenzsicherungen und technische Vermessungsarbeiten durchgeführt, so zum Beispiel ein Grenzzug von 4 km Länge in Wildalpen in einer Höhe von 1.800 Metern. Diese Arbeiten werden im Referat „Vermessungen außerhalb Wiens“ koordiniert und umfassen alle liegenschafts- und ingenieurgeodätischen Arbeiten, die für die Wasserwerke, die Forstverwaltung und den Landwirtschaftsbetrieb anfallen. Sie werden zum überwiegenden Teil vom eigenen Personal ausgeführt, wodurch diesen Betrieben große Ausgaben erspart bleiben. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien einige größere Arbeiten angeführt: Für fünf Katastralgemeinden im Bereich der 1. Hochquellenwasserleitung wurden Bestandspläne neu angefertigt beziehungsweise auf den neuesten Stand gebracht; für weitere zwölf Katastralgemeinden der 1. und 2. Hochquellenwasserleitung wurden die Einbauten und Grundbuchsdaten erhoben, in Listen erfaßt und den Wasserwerken zur Verfügung gestellt; bei fünf „Abkehren“ konnten in den entleerten Wasserleitungstollen Messungen und Absteckungen durchgeführt werden; als praktisches Ergebnis zahlreicher Grenzverhandlungen wurden 268 Grenzsteine neu gesetzt.

Im Bereich des Referates Bildmessung wurde im Frühjahr 1979 ein Bildflug über dem gesamten Stadtgebiet durchgeführt, der vorerst der Evidentstellung des „Räumlichen Bezugssystems Wien“ dienen sollte. Mit der Berichtigung dieser Unterlagen konnten auch die Veränderungen erfaßt werden, die für die Volkszählung 1981 von Bedeutung sind. Dieser Bildflug wurde auch zur Erfassung von Flächen gleicher Nutzung, zur Realnutzungskartierung, verwendet, wobei nach einem 41 Punkte umfassenden Kriterienkatalog homogene Nutzungsf lächen umgrenzt und bewertet wurden. Mit dieser Auswertung wird es nach einer weiteren Bearbeitung durch die Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung möglich sein, eine Flächenbilanz über das gesamte Stadtgebiet zu erstellen. Beide Arbeiten, die Evidentstellung des räumlichen Bezugssystems Wien und die Realnutzungskartierung, wurden mit Ende 1979 abgeschlossen. Das vorhandene Bildmaterial gab der Abtei-



lung weiters die Möglichkeit, lokale und regionale Planungsunterlagen, wie für den Nordring, die B 225 — Simmering und die Vorortelinie, kurzfristig zu produzieren. Darüber hinaus konnte die Revision der Stadtkarte 1 : 2.000 auf Stand 1979 in Angriff genommen werden, wobei rund 100 km<sup>2</sup> ausgewertet wurden.

Im Hinblick auf die zukünftige Bearbeitung der Stadtkarte durch den Einsatz der automatischen Datenverarbeitung werden die Auswertungsoriginale der Stadtwerke nur mehr im Maßstab 1 : 1.000 gemacht, was für ihre Weiterverwendung durch technische Dienststellen von großem Vorteil ist. Für ein Gebiet von 50 km<sup>2</sup> liegen bereits Blätter im Maßstab von 1 : 1.000 auf.

In zunehmendem Maße werden für Planungs- und Dokumentationszwecke beziehungsweise für Lärmschutzmaßnahmen, Dachausmittlungen mit Gesims- und Firstkotenangaben benötigt, so zum Beispiel für den Donaukanal, Inzersdorf, die Nordbrücke, der Flötzersteig und den Bauernmarkt. Diese Arbeiten könnten nicht ohne Einsatz von Luftbildauswertegeräten wirtschaftlich durchgeführt werden.

Im Bereich der **Kartographie** wurde der Schwerpunkt auf die Fortführung der Stadtkarte 1 : 2.000 auf Grund der letzten Luftbildauswertung gelegt, 82 Blätter auf den neuesten Stand gebracht und für den Druck vorbereitet. Für 6 Blätter wurde die Situation vollständig neu gezeichnet, für 26 Blätter eine neue Haustonplatte hergestellt und in 54 Fällen die Folie des Bebauungsplanes neu bearbeitet. Beim Kartenwerk 1 : 5.000 lag die Hauptarbeit bei der Herstellung einer geeigneten Beschriftung, zusätzlich wurden viele Blätter retuschiert und neu montiert. Sie sind Ausgangsbasis zur Herstellung von Bezirkskarten für die großflächigen Wiener Gemeindebezirke. Karten der inneren Bezirke konnten im Maßstab 1 : 2.000 gehalten beziehungsweise auf 1 : 3.000 verkleinert geliefert werden. Die Stadtkarte im Maßstab 1 : 10.000 wurde als Grundlage für den generalisierten Flächenwidmungsplan verwendet und ist im Vielfarbdruk für den zentralen Stadtbereich bereits fertiggestellt; das restliche Stadtgebiet ist in Arbeit und wird Mitte 1980 komplett vorliegen.

Die Stadtvermessung ist bemüht, ihre kartographische Produktion allen Interessenten zur Verfügung zu stellen. In einem Rundschreiben an alle Magistratsdienststellen wurden diese Produkte aufgezählt, eine Mappe mit Probedrucken wird zur Aussendung vorbereitet. Diese Aktion hat eine Zunahme des Bedarfes an Stadtkarten um fast 40 Prozent gebracht, nämlich rund 8.500 Einzelbestellungen. Leider wird aber nicht in allen Planungs- und Verwendungsbereichen auf die aktuellen, zumindest in pausfähiger Form vorhandenen Originale der Luftbildauswertung und der kartographischen Reinzeichnung zurückgegriffen. Durch veraltete Plandrucke wird mitunter der Eindruck erweckt, die Produktion der Stadtkarten sei nicht auf dem letzten Stand.

In der **thematischen Kartographie** sind neben den schon genannten generellen Flächenwidmungsplänen vor allem die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungsplan zu nennen. Es wurden Grundkarten in den Maßstäben 1 : 50.000, 1 : 100.000 und 1 : 200.000 hergestellt und entsprechende Signaturen entwickelt. Für verschiedene Dienststellen konnte auch 1979 eine Reihe von graphischen Arbeiten und Sonderaufgaben ausgeführt werden, so zum Beispiel im Zusammenhang mit dem „Musikalischen Sommer“ für das Kulturamt der Stadt Wien. Die intensive zeichnerische Ausbildung der Lehrlinge, die ihre Prüfung als technische Bauzeichner machen, liegt ebenso in den Händen bewährter Kartographen.

Ein besonders breites Einsatzgebiet haben die **technischen Zeichner** der Stadtvermessung, die bei Engpässen auch für Zwecke der Stadtkartenerneuerung herangezogen werden. Ihre hauptsächliche Arbeitsleistung liegt bei der Herstellung von Matrizen für Lage- und Höhenpläne — insgesamt 54 im Jahre 1979 — und von Teilungsplänen. So waren 26 Urkundpläne neu zu zeichnen und in 84 Fällen Ergänzungen und Änderungen vorzunehmen. Diese Arbeiten sind besonders wertvoll, da sie es ermöglichen, daß nach der Überarbeitung durch die Ingenieure und Techniker im Bereich der Liegenschaftsvermessung der abgelaufene Teilungsplan wieder verwendet oder neu aufgelegt werden kann. Dadurch können große Kosteneinsparungen erzielt werden. Für die Neuanlage der Verzeichnisse und Topographien des Höhenfestpunktnetzes, die öffentlich ausgegeben werden, wurden erhebliche zeichnerische Leistungen erbracht. Dank der langjährigen Erfahrung der Mitarbeiter hat sich dieses Referat zur zeichnerischen Servicestelle für die ganze Abteilung entwickelt.

Im Referat **Architekturvermessung** werden vor allem Arbeiten für den Bedarf des Kulturamtes erledigt, wobei die vermessungstechnische Aufnahme von historisch oder kunstgeschichtlich wertvollen Bauten im Vordergrund steht. So wurden das Gebäude Obere Augartenstraße 40 und die Gersthofer Kapelle aufgenommen und planlich dokumentiert. Weiters wurden zahlreiche Ortskerne und Schutzzonen photographisch registriert.

An **Sondermessungen** waren Deformationsmessungen hoher Präzision an 13 verschiedenen Bauwerken durchzuführen. Die Hauptarbeit dieses Referates liegt jedoch in der Ausarbeitung von Stellungnahmen zu Plandokumententwürfen im Sternlaufverfahren. Insgesamt waren 44 Grunddrucke mit einer Gesamtfläche von 23 km<sup>2</sup> mit jeweils sehr eingehender Beurteilung zu bearbeiten.

An Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen wurden im Jahre 1979 rund 450 Aufträge mit einer Kostensumme von 22,7 Millionen Schilling vergeben. Durch Anbotsverhandlungen, Anträge an die genehmigenden Organe und Überprüfung der Leistungen und Lieferungen entsteht ein beträchtlicher Arbeitsaufwand, der insbesondere von den verantwortlichen Akademikern zu leisten ist.

Neben der Auswertung internationaler Fachzeitschriften und dem Besuch von Vorträgen an der Technischen



Universität Wien konnten auf Dienstreisen Erfahrungen gesammelt, der neueste Wissensstand kennengelernt und den Mitarbeitern vermittelt werden. So wurde der „Kartographentag“ besucht und am „Deutschen Geodätentag“ in Hamburg teilgenommen. Bei dieser alljährlichen Veranstaltung ist die reichhaltige Fachaussstellung von Instrumenten, Geräten, Rechnern und Kartieranlagen besonders eindrucksvoll. 1982 wird unter Mitarbeit des Leiters der Stadtvermessung diese Tagung mit rund 4.000 Teilnehmern erstmals in Wien veranstaltet werden.

## Statistisches Amt der Stadt Wien

Die Hauptaufgabe des Statistischen Amtes der Stadt Wien, durch Auswertung des verfügbaren Datenmaterials aus eigenen Erhebungen, aus der Bundesstatistik und zahlreichen anderen insbesondere städtischen Quellen den städtischen Mandataren und Dienststellen Informationen und Struktureinsichten in der entsprechenden Gliederung zu liefern, erforderte neben der Herausgabe des Jahrbuches noch weitere Publikationen.

Das Jahrbuch der Stadt Wien 1978 erschien in zwei Bänden: „Die Verwaltung der Stadt Wien im Jahre 1978“ kam in einer Auflage von 650 Exemplaren, das „Statistische Jahrbuch der Stadt Wien 1978“ in einer Auflage von 800 Exemplaren im Dezember 1979 heraus. Die Publikation konnte wieder durch die Aufnahme neuer oder neugestalteter Tabellen sowie durch Graphiken in Farbe erweitert werden.

Weitere regelmäßig erscheinende Veröffentlichungen sind das Statistische Taschenbuch der Stadt Wien, das in der wesentlich erhöhten Auflage von 3.500 Stück im Mai 1979 herausgegeben werden konnte. Das Werk umfaßte 116 Seiten und wurde im Aufbau, Inhalt sowie in der Ausstattung vollkommen neu gestaltet.

Die vierteljährlich erscheinenden „Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien“ wurden in einer Auflage von 650 Stück hergestellt. Die Publikation bringt neben dem Tabellenteil auch ausführliche Artikel mit statistischen Analysen aktueller Probleme, wie über Kinderwunsch und Kinderzahl, die Wanderungsbewegung im Wiener Raum, das Wahlverhalten von Männern und Frauen, die Entwicklung des Fremdenverkehrs, über Arbeitsplatzsuche und -wechsel, Wochenend-, Nacht- und Schichtarbeit, Gastarbeiter und ihre Kinder sowie über die Entwicklung des Pkw-Bestandes.

Als Sonderheft erschien im Jahre 1979 die Publikation „Die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen vom 8. Oktober 1978 in Wien“ im Umfang von 35 Seiten. Das Heft enthält neben einer textlichen Analyse in Vergleichstabellen auch die Ergebnisse der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 1973 sowie der Nationalratswahl 1975.

Statistische Informationen über die Ergebnisse des Mikrozensus und die räumlichen Unterschiede in der Ausstattung der Wiener Wohnungen wurden vervielfältigt und den interessierten Stellen übermittelt.

Die monatliche Information „Monatskennziffern zur Wirtschaftsentwicklung“ enthält die jeweils aktuellen Daten über den Arbeitsmarkt, die Produktion, den Handel, Fremdenverkehr, die Einkommen und Preise für Wien und Österreich einschließlich der jährlichen Veränderungsdaten.

Die statistischen Veröffentlichungen haben in erster Linie die Aufgabe, die städtischen Mandatare und Dienststellen zu informieren. Ein großer Teil der Auflage wird gegen statistische Werke anderer Stellen des In- und Auslandes getauscht. Der Rest ist dem Verkauf vorbehalten.

Eine wesentliche Erweiterung und Aktualisierung der statistischen Information konnte mit dem Anschluß an die Datenbank des Österreichischen Statistischen Zentralamtes durch ein bei der Abteilung aufgestelltes Datensichtgerät erreicht werden. Es können statistische Daten über Einwohner, Wohnungswesen, Wirtschaft und Preise abgefragt werden, wobei das gespeicherte Material für das gesamte Bundesgebiet verfügbar ist und zum Teil bis unter die Gemeindeebene reicht.

An agrarstatistischen Erhebungen waren im Jahre 1979 auf Grund der Verordnung BGBl. Nr. 50/1979 mit Stichtag 3. Juni 1979 eine Bodennutzungserhebung und Erhebung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte durchzuführen. Ferner wurden auf Grund der Verordnung BGBl. Nr. 398/1979 mit Stichtag 30. November 1979 eine Erhebung der Weinernte, der Weinvorräte und der Lagerkapazität und schließlich auf Grund der Verordnungen BGBl. Nr. 17/1977 und 91/1978 mit Stichtag 3. Dezember 1979 eine Allgemeine Viehzählung mit einer Erhebung der Hausschlachtungen in der Zeit vom 4. Dezember 1978 bis 3. Dezember 1979 vorgenommen. Für die Mitwirkung der Gemeinden an diesen Zählungen wurden vom Bund je erhobenem Betrieb pauschale Kostenabfindungen gezahlt, die bei der Bodennutzungserhebung je Betriebsbogen 27 S, bei der Weinernteerhebung 4,50 S je Weinbaubetrieb und bei der Allgemeinen Viehzählung, einschließlich der Erhebung der Hausschlachtungen, 27 S je festgestelltem Tierhalter ausmachten.

An Sonderzählungen wurden die vierteljährlichen Mikrozensuserhebungen mit immer gleichbleibendem Grundprogramm und mit den Themen der Sonderprogramme, wie erweiterte Wohnungserhebung mit Energie- und Umweltfragen, Ausstattung der Haushalte, Rauchgewohnheiten und Lebensbedingungen der



älteren Menschen, durchgeführt. Für die Magistratsdirektion-Koordinationsbüro und die Magistratsabteilung 18 waren in zwei Zusatzprogrammen Daten über die Wohnungs- und Verkehrssituation in Wien zu ermitteln. Die Erhebungen erfolgten mittels der Interviewerorganisation des Mikrozensus, die im Jahre 1979 112 Interviewer umfaßte.

Die Vorbereitungen für die Großzählung 1981 (Volks-, Häuser-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung) umfaßten neben der Teilnahme an zahlreichen Besprechungen über die Formulargestaltung und das Auswertungsprogramm die Durchführung einer Probezählung am 28. Mai 1979. Es wurden rund 3.000 Personen von 13 Zählern im 6. und 12. Gemeindebezirk befragt. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen werden bei der Fragestellung und organisatorischen Abwicklung der Zählung berücksichtigt werden.

Im Rahmen der Arbeiten für den Stadtentwicklungsplan stellte die Abteilung umfangreiches Zahlenmaterial, das teilweise nach räumlich neu geschaffenen Einheiten gegliedert werden mußte, zur Verfügung. Vor der Veröffentlichung der einzelnen Sachkapitel des Stadtentwicklungsplanes wurde eine Überprüfung und Abstimmung der verwendeten Datenunterlagen und der daraus gefolgerten Aussagen vorgenommen. Als Begleitpublikationen zu den Kapiteln des Stadtentwicklungsplanes wurde die Herausgabe von kurzgefaßten Falteinformationen, die die wichtigsten statistischen Angaben des Stadtentwicklungsplanes in leicht verständlicher Form wiedergeben, fortgesetzt. Im Jahre 1979 sind zu den bisher erschienenen Falteinformationen mit den Themen „Die Stellung Wiens in Österreich“ und die „Die Wiener Bevölkerung“ noch zwei weitere mit den Themen „Der Wiener Arbeitsmarkt“ und „Die Wiener Wirtschaft“ hinzugekommen.

Im Jahre 1979 wurden vom Referat für Bevölkerungssstatistik etwa 57.000 Zählkarten über Eheschließungen, Lebend- und Totgeborene, Sterbefälle, Selbstmorde und Selbstmordversuche nach einer Vielzahl von Erhebungsmerkmalen und Merkmalskombinationen bearbeitet. Die aus dem Erhebungsmaterial gewonnenen Ergebnisse wurden nach örtlichen, zeitlichen und sachlichen Unterscheidungen geordnet und in zahlreichen Übersichts- und Spezialtabellen gesammelt. Diese dienen in der Hauptsache als Unterlage für die Veröffentlichung im Statistischen Jahrbuch, werden dem Österreichischen Statistischen Zentralamt übermittelt und besonders interessierten Stellen zur Verfügung gestellt. Zahlreiche Anfragen bewiesen, daß am Bevölkerungsgeschehen, wie es sich in Form der Statistik darbietet, reger Anteil genommen wird. Zur Vorbereitung der mit 1980 eingeführten neuen internationalen Systematik der Todesursachen nahm der zuständige Referatsleiter an einem Kurs in München teil.

Über die Wanderungsbewegung als einen grundlegenden Bestandteil der Bevölkerungsvorgänge geben die monatlich einlangenden Berichte der Bundespolizeidirektion Auskunft; sie liefern die Grundlage für die durch Zu- und Abwanderung entstehenden Veränderungen bei der Fortschreibung der Bevölkerungszahl.

Die monatlichen Berichte von den Wiener, in städtischer und sonstiger Verwaltung stehenden Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten stellen die Grundlage für die Erstellung der entsprechenden Monats- und Jahresstatistik dar. Alle, das Kranken- und Anstaltenwesen betreffenden Fragen, wie Zahl der Betten, der Ärzte, der Pflegepersonen, Zu- und Abgang sowie Aufenthaltsdauer von Pflegelingen, Art ihrer Erkrankung usw., sind dieser Krankenanstaltenstatistik zu entnehmen. Ihre Ergebnisse werden im Jahrbuch veröffentlicht und dem Österreichischen Statistischen Zentralamt in monatlichen und jährlichen Berichten zur Verfügung gestellt.

Das Referat für Fremdenverkehrsstatistik bearbeitet die monatlichen Meldungen von fast 300 Fremdenverkehrsbetrieben. Die erstellte Statistik wird dem Österreichischen Statistischen Zentralamt sowie zahlreichen interessierten Stellen monatlich übermittelt und in den Publikationen der Abteilung veröffentlicht. Auf Grund der Fremdenverkehrsstatistik-Verordnung, BGBl. Nr. 73/1973, wurde der monatliche Kostenersatz des Bundes für 1979 mit 27 S für den Gemeindebogen und darüber hinaus mit 6,75 S pro gewerblichem Beherbergungsbetrieb und mit 2,25 S pro sonstiger Fremdenunterkunft festgesetzt.

Für die auf Grund der Bestimmungen der Verordnung der Bundesministerien für soziale Verwaltung und für Handel und Wiederaufbau vom 17. Dezember 1965, BGBl. Nr. 3/1966, durchzuführende Wohnbaustatistik erhielt die Gemeinde Wien einen Kostenbeitrag in der Höhe von 76,50 S bis 85,50 S je fertiggestelltem und von 18 S je abgebrochenem Gebäude. Für die mit 1980 erfolgte Umstellung der Wohnbaustatistik waren umfangreiche Vorarbeiten zu leisten.

Für die amtliche österreichische Preisstatistik waren monatlich 3.500 Preismeldungen auf 800 Erhebungsformularen zu bearbeiten und in 350 Karteikarten zu übertragen. Nach der Vorlage an das aus Vertretern der Kammern und der Gemeindeverwaltung bestehende örtliche Preiskomitee werden die Meldungen an das Österreichische Statistische Zentralamt übermittelt. Die der Stadt Wien durch die Preisstatistik erwachsenden Kosten wurden vom Bund mit einem Betrag von 237.000 S abgegolten.

Die Magistratsabteilung 66 hat auch im Jahre 1979 in zahlreichen Fällen die Beschaffung von statistischem Material für städtische Mandatare und Dienststellen besorgt. Außer der täglichen telephonischen Auskunftserteilung wurden zahlreiche schriftliche Anfragen amtlicher und wissenschaftlicher Institutionen des In- und Auslandes beantwortet. Die Wien betreffenden Daten für das „Statistische Jahrbuch österreichischer Städte“ wurden zusammengestellt und dem Österreichischen Statistischen Zentralamt zugesendet.



Die Magistratsabteilung 66 war im Jahre 1979 bei der 79. Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker sowie bei der 50. Jahresversammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Hannover, 22. bis 26. Oktober, vertreten. An den Sitzungen der Statistischen Zentralkommission, deren Fachbeiräten und Arbeitsgruppen nahm der Abteilungsleiter oder dessen Vertreter teil.

Für die Statistische F a c h b i b l i o t h e k wurden im Jahre 1979 überwiegend im Tausch gegen eigene Publikationen des Amtes 73 Werke mit 594 Bänden erworben; der Bücherbestand erhöhte sich auf 7.457 Bände am Jahresende.